

Inserate werden laut Tarif
billigst berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Volksdemokrat

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 86.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

2. Jahrgang.

Samstag, 4. November 1922.

Nr. 259.

Kein Fatalismus!

Die Arbeiterschaft durchlebt jetzt eine schwere Zeit, seit Jahrzehnten vielleicht die schwerste. Es gibt daher in ihren Reihen Verzagte, die angesichts der sich den Kämpfen des organisierten Proletariats entgegenstehenden Schwierigkeiten, in Fatalismus und Mutlosigkeit versinken. Diese mit Unrecht Verzweifelnden bedenken nicht, daß die Untätigkeit, mit der sie dem gerade jetzt so schweren Ringen der übrigen Arbeiterschaft zusehen, nur die Wirkung haben kann, den bürgerlichen Klassengegnern ihr Bestreben — die Kräfte der Arbeiterklasse zu lähmen — zu erleichtern, und im geeigneten Augenblick die Wiederkehr besserer Verhältnisse zu erschweren.

Es ist wohl furchtbare Wahrheit, daß die herrschende Krise die Lebensmöglichkeiten des größten Teiles des arbeitenden Volkes auf ein kaum erträgliches Maß herabgedrückt hat; ist schon zu Zeiten, wenn der Arbeitsmensch volle Beschäftigung hat, sein und seiner Familie Leben schwer, eintönig und freudlos, so ist jetzt, da ihn die Krise erwerbslos oder bestenfalls zum Kurzarbeiter gemacht hat, sein Leben und Sein zu einer Hölle der Qual und des Leides geworden. Er und — was ihn meist noch zehnfach härter trifft — seine Kinder müssen hungern, er sieht sich als wehrloses Opfer der Krankheit, von der die Wirtschaftsordnung erfaßt ist, und er muß, auch wahrnehmen, daß jetzt, da Arbeit mangelt, weder seine Gewerkschafts- noch seine politische Organisation, denen er angehört, sein Elend augenblicklich zu bannen vermögen. Der Arbeiter sieht auch seine politischen und sozialen Feinde — denen gegenüber er nach dem Umsturz mit seinen Klassengegnern manche Erfolge erstritt — sich erheben und das, was er in günstigen Zeiten politisch und wirtschaftlich zu erringen vermochte, bedrohen. Vollends ein Recht zur Mutlosigkeit glauben diese Kleinmütigen zu haben, da sie sehen, wie der durch die Kommunisten in die Arbeiterbewegung hereingetragene Zwist, diese noch immer spaltet.

In der Zeit nach dem Umsturz, da die Deutschnationalen und Deutschgelben infolge der im Kriege auf sich geladenen Schuld wenig Anziehung ausübten, war es natürlich leichter Erfolge gegen sie zu erlangen als jetzt, da unsere bürgerlichen Klassenfeinde durch die brutale Gewaltpolitik der tschechischen Machthaber in Staat und Gemeinden wieder in die Lage versetzt wurden, als nationale Heroen des Volkes sich aufzumachen. Von der einen Seite sieht sich die Partei der Arbeiterschaft vom Chauvinismus befreit, von der anderen Seite suchen nun schon seit Jahren die Sendlinge der Moskauer Bolschewistenherrscher das Gefüge des politischen und gewerkschaftlichen Baues der Partei zu unterwühlen und zu erschüttern. Die Kommunisten, die selber noch nie einen Streik gewonnen, den Arbeitern aus ihrer Kraft noch keinen Heller Lohnserhöhung erlangen haben, suchen sich des alten Moskauer Inzests zu bedienen, für jeden jetzt während der Krise nicht mit vollem Erfolg abgeschlossenen, oder verlorenen Streik die unter sozialdemokratischer Führung stehenden Gewerkschaftsorganisationen verantwortlich zu machen. Nicht die durch den Arbeitsmangel herbeigeführte Schwächung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, nicht die momentane Stärkung der Kapitalistenklasse tragen nach der Behauptung der kommunistischen Schädiger der Arbeiterbewegung an verlorenen Streiks die Schuld, sondern der „Verrat“ der Führer.

Ein an sich nicht bedeutendes, aber doch symptomatisches Ereignis der letzten Zeit, lehrt, daß dennoch alle Anschläge unserer Gegner fast wirkungslos vorüber bleiben, wo die Arbeiter den Mut zum Kampfe sich bewahrt haben. In der Erzgebirgsstadt Weipert wurden am Sonntag die Gemeindevahlen vorgenommen, von denen die deutschbürgerlichen Parteien nach heftigem Artilleriefeuer ihrer ausgesuchten Verleumdungen gegen die Sozialdemokraten deren vernichtende Niederlage erwarteten. Sie verachteten sich die ersten Sterne der Deutschnationalen und Deutschgelben, die dort ihre Tiraden loslassen mußten, Flugblätter in ungeheurer

Der Zusammenbruch der Mark.

Wahn sinnige Devisenhausse auf der Berliner Börse.

Berlin, 3. November. (Eigenbericht.) Auf der Börse herrschte heute ein geradezu wahn sinniger Taumel. Die Flucht vor der Mark scheint keine Grenzen zu kennen. Der Dollar setzte in den ersten Morgenstunden weit über seiner gestrigen Notierung ein. Auf dem Effektenmarkt gas es tolle Kurs sprünge. Ohne Zweifel hat die Abneigung des Reichsbankpräsidenten gegen die Hergabe des Goldbestandes der Reichsbank zur Katastrophe beigetragen. Anscheinend besteht an der Börse keine Neigung, an das Zustandekommen der Anleihe zu glauben. Der leidtragende Teil ist vor allem die minderbemittelte Bevölkerung, die Preissteigerung geht so schnell vor sich, daß jede Lohnserhöhung durch die Verhältnisse überholt ist. In der Arbeiterschaft herrscht über die unhaltbaren Zustände stetig wachsende Erregung. Der Dollar stieg von 4925 auf 6159, das englische Pfund von 21,945 auf 27,431, der Schweizer Franc von 902 auf 1127, die tschechische Krone von 157 auf 199. Nachbörslisch notierte der Dollar 6400.

Die Regierung hat keine festen Pläne.

Berlin, 3. November. (Eigenbericht.) Trozdem die deutsche Regierung seit Wochen auf die Verhandlungen mit der Reparationskommission vorbereitet war, hatte sie heute abends keine festen Pläne darüber fertig, wie sie sich die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft vorstellt. So wurden den Vertretern der Alliierten heute lediglich vorläufige Vorschläge überreicht, die die Grundlage für den endgültigen Plan abgeben sollen. Die Regierung geht davon aus, daß die Stabilisierung der Mark gleichzeitig mit der Herstellung des Gleichgewichts im Etat vor sich gehen müsse. Sie führt aus, daß alle Inlandsmaßnahmen zwecklos seien, wenn nicht durch eine äußere Anleihe die Voraussetzung für die Stabilisierung geschaffen werde. Die Reichsregierung ist bereit, wenn eine äußere Anleihe zustande käme, einen Teil des Goldbestandes der Reichsbank zur Stützung der Mark zu verwenden. Eine äußere Anleihe sei nur dann möglich, wenn die durch das Londoner Diktat geforderten Verpflichtungen einer Revision unterzogen und die finanziellen und materiellen Leistungen gestundet würden. Die Regierung beruft sich in diesem Zusammenhang auf die Beschlüsse der Pariser Bankiers-Konferenz und auf die Auffassung der leitenden Finanzkreise. Bei den Sachleistungen würden die nicht gestundet werden, die für den Wiederaufbau in Nordfrankreich in Betracht kämen. Die Reichsregierung ist bereit, die Kosten für den Wiederaufbau durch eine innere Anleihe zu decken. Die Regierung erklärt, daß eine Finanzkontrolle Deutschlands den deutschen und den Entente-Interessen in gleicher Weise schädlich wäre.

Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß die Regierung finanzpolitische Maßnahmen im Inlande so gut wie gar nicht vorbereitet. Besonders vermisst man ein Eingehen auf die Forderungen der sozialdemokratischen Partei. Es scheint, daß die Auffassung des Reichsfinanzministers Hermes und des Reichsbankpräsidenten Hakenstein über die des Reichswirtschaftsministers im Kabinett gesiegt habe.

Der bevorstehende Rechtsputz in Bayern.

11. November — Stichtag.

München, 3. November. Trozdem Graf Lerchenfeld seinen Rücktritt bereits offiziell erklärt hat, hat die bayerische Volkspartei noch keinen Nachfolger nauthaft gemacht. Die Einberufung des bayerischen Landtages wurde wiederum verschoben. Die Ablehnung durch den Staatrat von Mager wird mehr auf ein taktisches Manöver zurückgeführt, das den Zweck haben soll, das parlamentarische Regime zu diskreditieren und so die Ernennung eines diktatorischen Staatspräsidenten herbeizuführen, der den radikalen Kreisen angehören soll. Die bayerische Regierungsräte wird von allen rechtsradikalen Organisationen mit faschistischer Tendenz zu einer gefährlichen Propaganda angereizt, die Herrn von Mager am bayerischen Staatrat überreden will. Die Rechtsradikalen und von ihnen namentlich die nationalsozialistischen haben bereits Instruktionen an die ihnen ergebenden Bewerber hinausgegeben, wonach am 11. November 1922 der Stichtag sei. Vom 15. November müsse sich das Bürgeramt bereit halten.

Nur sollten die Wähler unserer Partei absippenartig machen doch das Ergebnis war, daß die deutschen Sozialdemokraten noch immer als weitaus stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgingen. Von 5545 abgegebenen Stimmen erhielten sie 2121, die Deutschnationalen nur 717, die Deutschgelben ganze 505. Die Kommunisten hatten überhaupt keine Kandidaten aufgestellt. Zu den Faktionen von der „zweimittlernten“ Sozialdemokratie will dieses Wahlergebnis schlecht passen. Aber auch ohne diese Wahl wären wir uns bewußt geblieben, daß zur Verjüngung vor den kommenden Kämpfen wahrlich kein Anlaß besteht. Der Kern unserer Partei ist ungeachtet der Krise, aller Angriffe der bürgerlichen Feinde und der Wählerereien der Kommunisten unerwährt geblieben.

So verheerend die Krise wirkt, auch sie wird besseren Zeiten Platz machen. Auch daß der Chauvinismus den Sozialismus hemmen könnte, ist eitles Hoffen unserer Gegner. Und wenn sie, auf Sowjetrußland verweisend, ihr scheinbar stärkstes Argument hervorholen und höhnisch grinsend behaupten, daß dort der Sozialismus „verjagt“ habe, so wird es bald

ten. Es werde straßenweise und nach Häuserblocks ein politischer Selbstschutz eingerichtet. Frühere Offiziere erließen die Aufforderung, sich zur Verfügung zu stellen. Es ist geplant, auf diesem Wege durch diktatorischen Druck vom Landtage bestimmte Verfassungsänderungen zu erreichen, die eine Diktatur in legaler Form ermöglichen sollen. Bayern müsse, so heißt es in den Blättern der Rechtsradikalen und des rechten Flügels der Sozialisten, eine starke Politik gegenüber dem Reich machen. Es dürfe sich nicht mehr auf die Bahnen von Konjessionen begeben. München sei der Mittelpunkt der deutschen Freiheitsbewegung. Der 11. November ist deshalb gewählt, weil er mit der Wiederkehr des Gründungstages der Republik in Deutschland und in Bayern zusammenfällt und weil man in diesem Augenblicke hofft, die Arbeiter, Demokraten, und rechtsstreug gesinnten Bürger provozieren zu können. Die sozialdemokratische „Münchener Post“ weist auf die Gefahren hin und fordert die bayerische Arbeiterschaft zur Wachsamkeit auf, keinen Arbeiter mehr geben, der nicht erkennen würde, daß in Rußland nicht der Sozialismus, am allerwenigsten die Sozialdemokratie „verjagt“ hat, sondern nur eine durch den Krieg und die ihn begleitende Wirnis eine Zeitlang möglich gewordene Sklavatur des Sozialismus. Die letzten Reste des bolschewistischen Spuses, der einen Teil der Arbeiterschaft in gährender Zeit zu verwirren vermochte, werden verfliegen und die Einheit der Arbeiterbewegung auf dem Boden der Sozialdemokratie wird neu erstehen.

Für den Fatalismus und die Hoffnungslosigkeit kann und darf in den Herzen der proletarischen Kämpfer kein Raum sein. Ueber allen Kämpfen, Sorgen und Leiden des Tages muß das erhebende Bewußtsein, die stolze Zuversicht stehen, daß der Sozialismus wohl Schlappen, aber keine dauernd wirkende Niederlage erleiden kann. Von dem amerikanischen Freiheitsdichter Walt Whitman stammt das Wort: „Binde deinen Karren an einen Stern.“ Der Glaube an den Stern der Sache der Arbeiterschaft, an den Sieg des Sozialismus, wird das Proletariat aus der Wüste dieser Tage wieder emporführen!

Die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands.

Aus einer uns von Genossen S. Martow zugesandten längeren Arbeit veröffentlichten wir nachstehend die interessantesten Ausführungen über die sozialökonomischen Grundlagen des Bestehens der sozialrevolutionären Partei, deren Anhänger seinerzeit vom Moskauer Tribunal gegen jedes menschliche Recht verurteilt worden sind.

Die Sozialdemokratie kämpfte im Bunde mit den Sozialrevolutionären gegen die herausragende Novemberrevolution: sie kämpfte im Namen der Vernunft der von ihr vertretenen proletarischen Bewegung gegen die immer stärker um sich greifenden utopischen Vorurteile. Aber bald nach dem Novembersturz trennten sich die Wege der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten. Richtungsgebend für die Politik der Sozialdemokratie war die Tatsache, daß sie nach wie vor die Massenpartei des Proletariats bleiben wollte. Indessen konnte sich der Novembersturz nur deshalb vollziehen, weil sich die Mehrheit der aktiven Elemente des Proletariats für die Parolen der Bolschewisten begeistert hatte. Die Sozialdemokratie war auf diese Weise in ihrer Massenbasis erschüttert. Sie wurde damals nur von einer in sozialistischem Sinne am weitesten vorgeschrittenen Minderheit der Arbeiter unterstützt. Wenn sie keine andere soziale Basis suchen wollte, konnte sie sich deshalb nur den Kampf um den Einfluß auf die proletarischen Massen, nur ihre Ablenkung von der Utopie zum Ziel setzen. Das bedeutete, daß sie den unmittelbaren Kampf um die Macht, den Kampf um den Sturz der vorhandenen bolschewistischen Gewalt preisgab, um nicht gegen jenen bedeutenden Teil des Proletariats, der diese Gewalt unterstützte, in den Bürgerkrieg zu treten. Neue sozialdemokratische Gruppen, die diese Forderung aus der ensichenden Lage nicht zu ziehen vermochten, und eine „aktive“ Politik zu treiben versuchten, konnten zeitweilig, in einzelnen Fällen in dieser oder jener Schicht des Proletariats eine Stütze finden. Aber im großen und ganzen waren sie dazu verurteilt, die Rolle eines ohnmächtigen Anhängels bei andern nichtproletarischen Kräften zu spielen.

Die Sozialrevolutionäre Partei befand sich in einer andern Lage. Seit jeher bestrebt, die Bauernschaft, das Proletariat und die Intelligenz in ihren Reihen zu vereinigen, hatte sie sich im Jahre 1917 in eine Massenpartei verwandelt, die von der ungeheuren Mehrheit der Bauernschaft, einem bedeutenden Teil der städtischen Demokratie und einigen Schichten des Proletariats, die sich noch mit dem Dorf verbunden fühlten, unterstützt wurde. So weit in diesen letzten Schichten, ebenso wie bei den Menschewisten, der Novemberumsturz einen Teil der Massen den Bolschewisten zurieb, verwandelte sich die Sozialrevolutionäre Partei vorzugsweise in einer Partei der bäuerlichen und der städtischen Demokratie, mit einem zahlenmäßigen Übergewicht der erstern und der politischen Demagogie der letztern, da die bäuerlichen Massen noch zu sehr zerstückelt und politisch ungeschult waren. Vor der Sozialrevolutionären Partei eröffnete sich deshalb die Möglichkeit, auch nach der Novemberrevolution den unmittelbaren Kampf um die Macht gegen die Bolschewisten fortzusetzen. Aber von Anbeginn an nahm dieser Kampf den Charakter eines Kampfes der städtischen und bäuerlichen Demokratie gegen die damals bolschewistisch gesinnten Arbeiter und Soldatenmassen an.

Seit im Jahre 1917 hatte sich in der Sozialrevolutionären Partei eine rechtserrichtete Strömung herauskristallisiert, die weniger revolutionäres, junkerfeindliches Element, als die bäuerlichen Intelligenz des agrarischen Besitzers zum Ausdruck brachte. In noch größerem Maße spiegelte diese Richtung die kleinbürgerlichen Tendenzen der Angehörigen der freien Berufe wider, bei denen nach der Eroberung der politischen Freiheit die Sympathien für den Sozialismus und das Proletariat ein Ende nahmen. Die Ideologie der Vaterlandsverteidigung — bei den einen als Ausdruck einer ausreichenden demokratischen Auffassung, bei den andern als Ursprung des Großmachtstrebens des russischen Nationalismus — hatte bei diesem rechten Flügel die Feindseligkeit gegen das revolutionäre Element noch mehr verschärft, sie vom Sozialismus fortgetrieben, und der liberalen Bourgeoisie näher gebracht. Der bolschewistische Umsturz mit seinen Folgen hat diesen Prozeß beschleunigt und verstärkt. Und da in der sozialrevolutionären Parteiorganisation das spezifische Gewicht der städtischen Elemente stärker war als das der bäuerlichen Elemente, so wurde die Politik der leitenden Gruppen der Partei, nach einigen Schwankungen, durch den Druck des rechten Flügels be-

stimmt. Zu einer Zeit, wo gerade das Dorf den Frieden um jeden Preis forderte, und um des Friedens willen bereit war, bis auf weiteres das bolschewistische Joch auf sich zu nehmen, unterordnete die Partei der Sozialrevolutionäre, im Gegensatz zu den Bestrebungen der Bauernschaft, ihre ganze Tatkraft zu Beginn des Jahres 1918 dem Ziel der „Zerstückung“ des Friedens von West-Vitonski und der Wiederherstellung der östlichen Front“ des Weltkrieges. Zu einer Zeit, wo in der Arbeiterklasse der Prozeß der Befreiung von der bolschewistischen Diktatur erst einsetzte, — und sich mit viel versprechendem Erfolg entwickelte, — während die Kätowohlen in einer ganzen Reihe von Städten der sozialistischen Opposition eine beträchtliche Minderheit, ja mitunter sogar die Mehrheit verschafften, und die selbständige Organisation der „Betriebsbewegungsmächte“ sich entwickelte und erstarbte; zu einer Zeit, wo beginnend mit dem Frühjahr 1918, die bolschewistische Politik der „Komitees der Dorf- armut“ die wohlwollende Neutralität der Bauernschaft zerstörte und auf diese Weise in den Städten wie auf der flachen Lande ein äußerst günstiger Boden für die Organisation und Mobilisierung der Massen gegen die Diktatur der Kommunisten entstand — unterbrach die Sozialrevolutionäre Partei mit einem Schlag diesen Prozeß im Namen der Schaffung der bewaffneten Front der „Konstituierenden Versammlung“, die zu gleicher Zeit und vor allen Dingen auch die „östliche Front des Weltkrieges“ bilden sollte. Damit hatte sie sich von Anfang an in ihrem Kampf auf einen Boden gestellt, auf dem die imperialistischen Regierungen der Entente und ihre natürlichen Bundesgenossen, die russischen Generäle und bürgerlichen Parteien, notwendig zu Berren der Lage werden mußten. Nur Blinde konnten das nicht sehen.

In dem Maße wie die neue östliche Front sich in eine Front der militärischen Diktatur, der ausländischen Intervention und der junckerlichen Restauration verwandelte, wurde die so erfolgreich einsetzende Volksbewegung gegen den Bolschewismus unterbrochen. Zuerst stellten die Arbeitermassen, trotz des zunehmenden Hungers, den Kampf gegen den Bolschewismus ein; dann lehrte die Bauernschaft, angesichts der von Kosschak und Denikin drohenden Gefahr, zur wohlwollenden Neutralität gegenüber Moskau zurück. Anstelle einer Fokierung der Kommunisten ergab sich ein Zusammenschluß des Volkes unter ihrer Führung gegen die Konterrevolution.

Das Ende des Weltkrieges, das zeitlich mit dem Sieg der militärischen Konterrevolution über die Anhänger der konstituierenden Versammlung zusammenfiel, hemmte die Rechtsentwicklung der Sozialrevolutionären Partei. Ihr Beschluß, den bewaffneten Kampf gegen die Sowjetgewalt einzustellen, schuf die Möglichkeit, daß die Tatkraft der Partei in eine richtige Bahn gelenkt und in Einklang gebracht wurde mit ihren Idealen und jenen sozialen Interessen, denen sie zu dienen bestrebt war. Wenn dieses Ziel nicht in vollem Maße verwirklicht wurde und die Partei nicht ihre innere Einheitlichkeit erreichte, so fällt die Hauptverantwortung dafür auf das bolschewistische Terrorregime, das das richtige Funktionieren des demokratisch organisierten Apparats der sozialistischen Parteien unmöglich machte und eine offene Erörterung der Parteifrage vor den Massen verhinderte. Und dennoch setzte trotz der Macht des Terrors, die alle Kräfte gran machte, eine Differenzierung innerhalb der Sozialrevolutionären Partei ein. Noch dem besannenen Vorgang mit der Pariser Konferenz der Mitglieder der konstituierenden Versammlung (an der sich Sozialrevolutionäre und Vertreter verschiedener bürgerlicher Parteien beteiligten) ist die Kluft zwischen den beiden Flügeln der Sozialrevolutionären Partei für jeden sichtbar geworden, ungeachtet der diplomatischen Versuche einiger charakterstarker Führer, über diese Kluft eine Brücke zu schlagen.

Die russische Bauernschaft, die ihre Agrarrevolution vollbracht und bereits die erste Periode der zwanzeiweligen Ausdehnung ihres Bodenbesitzes durchgemacht hat, spaltet sich jetzt, nach der Einführung des freien Handels, in verschiedene Schichten. Die wirtschaftliche Schwächung der Stadt schafft den Anreiz für die Ausbeutung der städtischen Bevölkerung durch den Getreideproduzenten. Der wiedererwachende Kapitalismus, der den wohlhabenden Schichten des Dorfes die Möglichkeit gibt, das angehäufte Kapital für die Erzeugung von Mehrwert auszunutzen, bewirkt eine Annäherung zwischen diesen ländlichen Schichten und der städtischen Bourgeoisie. Wenn der rechte Flügel der Sozialrevolutionäre eine politische Zukunft hat, so liegt sie in der Vertretung der Interessen dieser bürgerlichen Schichten des Dorfes und der ihnen entsprechenden bürgerlichen Schichten der Stadt, die vom sozialen und politischen Radikalismus „geheilten“ Elemente der früheren Intelligenz mit inbegriffen.

Aber der unvollendete Charakter der russischen Revolution, der die grundlegende Frage unbeantwortet läßt, wie die bäuerliche Revolution vor den Versuchen einer junckerlichen Restauration geschützt werden kann, läßt unter der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung der landwirtschaftlichen Bezirke Rußlands den Boden frei für eine sozialistisch-revolutionäre Partei, die die arbeitenden Massen des Dorfes nicht gegen das Proletariat, sondern zum gemeinsamen Kampfe mit ihm für die Demokratie und für soziale Reformen organisiert.

Minister Beneš über das Minderheitsproblem.

Der Bündnisvertrag mit Jugoslawien. — Das Verhältnis zu Italien und zu Ungarn.

Aus dem Auswärtigen Ausschuss.

Gestern nachmittags fand im Abgeordnetenhause unter dem Vorsitz des Abgeordneten Kamec eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses statt, bei deren Beginn

Minister des Auswärtigen Dr. Beneš

Bericht erstattete. Er führte u. a. aus: Gegen die Aufnahme Ungarns in den Völkerbund stellte sich die kleine Entente nicht und bewies nur darauf, inwiefern von Ungarn die internationalen Vereinbarungen nicht erfüllt wurden. Bezüglich der Minoritätenfrage wurde beschlossen, daß jeder Staat seinen Standpunkt begründe und Material über die Minoritätenfrage vorbereite. Redner berichtete sodann über die Verhandlung der Minoritätenfrage in der Völkerbundssitzung. Ueber Antrag des italienischen Delegierten Tittoni wurde beschlossen, daß der Völkerbund auch Beschwerden der Minoritäten entgegennimmt und daß der Staat, gegen den sich die Beschwerden richten, zur Aenderung verhalten wird. So entwickelte sich durch einfachen Beschluß des Völkerbundes eine Praxis, die nach Ansicht des Ministers die Bestimmungen der Friedensverträge bedeutend erweitert. Er fügte auch hinzu, daß die tschechoslowakische Regierung gegen den Antrag Tittoni Stellung genommen hatte und erzielt wurde, daß grundsätzlich jede Beschwerde sofort dem betreffenden Staate mitgeteilt werden müsse und der Staat innerhalb dreier Wochen mitteilen hätte, ob er beabsichtige, die Beschwerde zu beantworten. Er erklärte auch, daß die tschechoslowakische Delegation gegen die Anträge Gilbert Murays Stellung genommen habe, welche eine direkte Kontrolle des Schutzes der Minoritäten durch den Völkerbund bezweckten. Die tschechoslowakische Regierung verwies dabei darauf, daß durch diese Praxis den Staaten immer größere Pflichten auferlegt werden, während den Minoritäten keine Pflichten entstehen. Die tschechoslowakische Delegation verlangte auch,

daß in die Resolution Murays ein Absatz eingefügt werde, der die Pflicht der Minoritäten zur Respektierung der Rechte des Staates und der Majoritäten, d. h. Loyalität zum Staate festzustellen habe. Diese Forderung der tschechoslowakischen Delegation wurde auch in die Resolution aufgenommen. Weiters verwies die tschechoslowakische Delegation darauf, daß derartige den Minoritäten gegebene Rechte im höchsten Maße mißbraucht würden und daß dies zu politischen Unstimmigkeiten und Kompromittierung der Idee des Völkerbundes führen müsse. Es stände zu befürchten, daß der Völkerbund mit einer ungeheuren Menge von Beschwerden bombardiert würde, daß die Souveränität der Staaten vollständig schwinden würde. Der Völkerbund würde so eine Gefahr für alle Staaten werden. Als Hauptgrund für die Stellungnahme gegen die Resolution Murays führte Beneš an, daß die meisten europäischen Staaten Minoritäten besitzen und daß trotzdem nur einigen besondere Schutzbestimmungen für Minoritäten auferlegt werden sollten. Die tschechoslowakische Delegation erklärte, sie sei nur zu Uebernahmen solcher Verbindlichkeiten bereit, die allen Staaten auferlegt werden. Der tschechoslowakische Standpunkt drang schließlich siegreich durch. Weiter stellte Beneš fest, daß die Frage der Minoritäten grundsätzlich nur eine Frage der inneren Politik, eines inneren Einvernehmens sein dürfe. Der Völkerbund könne nur allgemein gültige Prinzipien aufstellen und ihre Geltendmachung kontrollieren. Schließlich konstatierte Beneš, daß der tschechoslowakische Staat darauf bestehen müsse, daß die Proteste vor dem Forum des Völkerbundes genau den Bedingungen der Friedensverträge entsprechen und die Kompetenz des Völkerbundes nicht überschreiten. Dort, wo die Kompetenz des Völkerbundes und die Verdringung der Minoritäten zu Beschwerden überschritten würde, lehne die Tschechoslowakei jede fremde Intervention ab. — Beneš streifte dann die Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Ministerpräsi-

denten Pašić betreffend einen Bündnisvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien und stellte in Aussicht, daß der Vertrag nach Beendigung einiger notwendiger Formalitäten in der nächsten Zeit veröffentlicht werden wird. Der Vertrag wird auf fünf Jahre abgeschlossen, erneuert den vor zwei Jahren in Belgrad abgeschlossenen Vertrag in vollem Umfange und ergänzt ihn durch Bestimmungen, betreffend den Abschluß eines Handelsvertrages, Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, verpflichtend beide Staaten zu einem einverständlichen Vorgehen im Falle einer Bedrohung ihrer Interessen durch irgend eine internationale Aktion und zu gegenseitiger diplomatischer Unterstützung. Der Vertrag habe keine geheimen Klauseln. Zum Verhältnis mit Italien bemerkte der Minister nur, daß bei der Zusammenkunft in Benedig mit dem italienischen Minister des Auswärtigen, Schanzer, neben der österreichischen Frage auch ein Einvernehmen getroffen wurde bezüglich Einberufung einer besonderen Kommission zur Überprüfung der Frage eines erhöhten Verkehrs mit Triest und einer größeren Benützung des Triester Hafens überhaupt. Weiters wurde vereinbart, daß beide Regierungen neue Verhandlungen über Ergänzungen der Handelsverträge zwischen beiden Staaten beginnen werden, damit die gegenseitige Einfuhr einiger Produkte erleichtert würde. Beneš glaubt, daß die letzten Begebenheiten in Italien an diesen Angelegenheiten nichts ändern werden.

Was das Verhältnis zu Ungarn betrifft, erklärte der Redner, daß bereits in Genua und Genf ein Einvernehmen mit Minister Banffy getroffen wurde, daß die Verhandlungen, welche im vorigen Jahre begonnen wurden, neu angebahnt werden sollen. Sie betreffen eine Reihe von wirtschaftlichen, Verkehrs- und auch politischen Fragen. Es handelt sich um den Abschluß eines Handelsvertrages, eine Verbesserung des Verkehrs, Konsularbeziehungen, Rechtshilfe und Staatsbürgerschaft. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß dieses Einvernehmen noch heuer erzielt werden wird.

Als erster Redner sprach Abgeordneter Dr. Grusobský (Agrarischer Slowake), der unter anderem Anklage über die vorausgesetzliche Entwicklung in Italien im Verhältnis zu Jugoslawien vorbrachte.

Abg. Dr. Kaska (Demokratischer) bedauerte, daß sich der Minister des Innern nicht auch mit der Orientfrage beschäftigt hat, in der der Gegensatz zwischen England und Frankreich drastisch zum Ausdruck gelangt. Der Vertrag von Verres ist besiegelt. Die für die Tschechoslowakei heiligen Friedensverträge sind ins Wanken gekommen. Der Minister hat sich nur mit der kleinen Entente beschäftigt. Auch über diese herrscht große Unklarheit. Man kennt nicht einmal die Zahl ihrer Mitglieder, weiß nicht, in welchem Verhältnis Polen zur kleinen Entente steht. Daß Rumänien mit den beiden anderen Staaten nicht eng verbunden ist, haben wir erfahren. Es scheint, daß eine kleine Entente, zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien, besteht. Gerade für Jugoslawien haften sich aber in letzter Zeit die Konfliktestoffe, weshalb wir ein großes Interesse haben, zu erfahren, welche Verpflichtungen uns an Jugoslawien binden. Abgeordneter Dr. Kaska beschäftigte sich sodann ausführlich mit der Behandlung der Minderheitsfragen durch den Völkerbund. — Abgeordneter Pašić (tschechische Gewerkepartei) verlangt von dem Minister Auskunft darüber, wie die Jawortfrage gelöst werden ist.

Genosse Abgeordneter Cermak bemängelt die Kürze der Ausführungen des Ministers in der Frage unseres Verhältnisses zu Italien. Wenn die Regierung der Fesseln ihr nationales Programm wahr machen will, dann wird Italien ebenfalls an den Friedensver-

Der Bagabund.

Von Guy de Maupassant.

Bei all seinem Elend und seiner Gebrechlichkeit hatte er doch früher einmal bessere Tage gesehen.

Als er fünfzehn Jahre alt war, wurden ihm auf der Landstraße nach Barville durch einen Wagen beide Beine zerquetscht. Mühsam schwanke er auf seinen Krücken dahin und schleppte sich die Wege entlang nach den einzelnen Bauernhöfen. Die Krücken hatten ihm die Schultern fast bis an die Ohren hinaufgedrückt, es sah aus, als ob sein Kopf zwischen zwei Gebirgen steckte. Der Pfarrer von La Billeterie hatte ihn als kleines Kind am Abend von Allerseelen in einem Graben gefunden, und deshalb hatte man ihn „Nikolaus Toussaint“ getauft. Ohne irgendwelchen Unterricht war er dann im Armenhaus aufgewachsen. Der Vater vom Dorfe hatte ihm einmal ein paar Glas Branntwein zu trinken gegeben, und in seinem Rausche war er dann unter den Wagen geraten und zum Krüppel geworden. Es war eine sehr komische Geschichte. Und jetzt war er der reine Landstreicher und konnte nichts mehr, wie die Hand nach milden Gaben ausstrecken.

Die Baronin d'Aray hatte ihm früher eine Schlafstätte zur Verfügung gestellt — eine mit Stroh angefüllte Ecke neben dem Hühnerstall, und er konnte sicher sein, an Tagen, wo er großen Hunger hatte, stets in der Küche ein Stück Brot oder ein Glas Apfelwein zu finden. Manchmal warf die alte Dame ihm auch vom Balkon oder von ihrem Fenster ein paar Sous zu. Aber jetzt war sie gestorben.

In den Dörfern bekam er nichts mehr. Er war zu bekannt geworden, man war seiner müde.

Seit vierzig Jahren sah man nun schon diese zerlumpte, verwachsene Gestalt sich auf ihren Holzfüßen von Hütte zu Hütte schleppen. Aber er wollte nicht fortziehen, denn er kannte auf der ganzen Welt nur diesen Erdwinkel, diese drei oder vier Dörferchen, wo er sein elendes Leben führte. Er hatte seinen Bettelgängen bestimmte Grenzen gesteckt und ging nie weiter, als er gewohnt war.

Er wußte nicht einmal, ob die Welt überhaupt noch weiter ging, hinter jenen Bäumen, die ihn daran hinderten, in die Ferne zu blicken. Er dachte auch nicht darüber nach.

Die Bauern hatten es satt, ihn immer wieder auf ihren Feldern und an ihren Gräben anzutreffen und schrien ihn an:

„Warum gehst du nicht mal in die andern Dörfer, anstatt ewig hier herumzuhumpeln?“

Er antwortete nicht und schlich sich fort, ihn überkam eine unbestimmte Furcht vor der Fremde, die Furcht der heimatlosen Armen. Er fürchtete sich vor tausend Dingen, vor den neuen Gesichtern, vor Beleidigungen, vor den argwöhnischen Blicken der Leute und vor der Polizei. Wenn er die Gendarmen zu zweien des Weges kommen sah, verkroch er sich instinktiv in den Büschen oder hinter einem Steinhäufchen. Sobald er nur ihre Uniformen in der Sonne leuchten sah, fuhr plötzlich eine eigentümliche Behendigkeit in seine Glieder — die instinktive Behendigkeit einer Mißgeburt, der sich zu verbergen sucht. Er ließ sich von seinen Krücken herunterstürzen und fiel wie ein Lappen Zeug zu Boden. Dann rollte er sich zu einem Kräuel zusammen, wurde immer kleiner und unsichtbarer. Er duckte sich nieder wie ein Hase auf seinem Lager und seine braunen Lumpen unterschieden sich kaum von der Erde.

Uebrigens hatte er noch nie mit der Polizei zu tun gehabt. Aber es lag ihm im Blut, als hätte er diese Furcht und diese List von seinen Eltern geerbt, die er nie gekannt hatte.

Auf der ganzen Welt hatte er keinen Zufluchtsort, keine Hütte, kein Obdach. Im Sommer schlief er, wo es gerade kam, und im Winter schlich er sich mit unglücklicher Geduldlichkeit in die Scheunen oder in die Ställe ein. Er wußte sich immer aus dem Staube zu machen, ehe seine Anwesenheit bemerkt wurde. Er kannte ganz genau die Löcher, durch welche man in die Gebäude hineingelangen konnte. Durch den Gebrauch der Krücken waren seine Arme unheimlich stark geworden und er schlang sich nur mit der Kraft seiner Fäuste bis oben in die Kornspeicher hinein. Dort blieb er manchmal vier bis fünf Tage, ohne sich vom Fleck zu rühren, wenn er auf irgendeinem Streifzuge hinreichende Vorräte gesammelt hatte.

So lebte er mitten unter den Menschen wie ein Tier des Waldes. Er kannte niemand und liebte niemand. Bei den Bauern erweckte er nur eine Art gleichgültiger Verachtung und resignierter Feindseligkeit. Man hatte ihm den Beinamen „die Glocke“ gegeben, weil er zwischen seinen beiden Holzfüßen gerade wie eine Glocke zwischen ihren Stützen hin und her schwankte.

Er hatte schon Saint-Hilaire, Barville und Les Billeteries durchwandert, ohne einen Centime oder eine alte Brodrinde zu erwischen. Es blieb ihm jetzt nur noch die Hoffnung, in Tournelles etwas zu bekommen. Aber bis dahin waren es zwei Meilen, und er war so müde, daß er sich kaum weiter schleppen konnte. Sein Magen war ebenso leer wie seine Tasche. Aber dennoch machte er sich auf den Weg.

Es war im Dezember. Ein kalter Wind strich über die Felder und pfliff in den kalten Zweigen. Die dunklen Wolken hingen tief herab und jagten hastig am Himmel vorüber, man wußte nicht, wohin. Der Krüppel setzte mit großer Anstrengung seine Krücken an und half mit dem einen mißgestalteten, in Lumpen gehüllten Bein, das ihm noch geblieben war, nach.

Von Zeit zu Zeit setzte er sich an den Grabenrand und ruhte ein paar Minuten aus. Der Hunger erfüllte ihn mit wirrer, furchtbarer Angst. Er hatte nur noch den einen Gedanken: essen. Aber er wußte nicht, wie er das anfangen sollte.

Drei Stunden arbeitete er sich so mühsam auf dem langen Wege fort. Als er dann die ersten Bäume des Dorfes sah, beschleunigte er seine Schritte.

Der erste Bauer, den er traf und um ein Almosen bat, gab ihm zur Antwort: „Bist du schon wieder da, alter Kunde? Wirst du nicht denn nie in Ruhe lassen?“

Und die „Glocke“ ging weiter. An jeder Tür wurde er angefahren, man schickte ihn fort und gab ihm nichts. Trotzdem setzte er mit geduldiger Hartnäckigkeit seine Wanderung fort, aber er bekam keinen Sou.

Dann ging er auf die Bauernhöfe. So entkräftet, daß er kaum imstande war, seine Stöße aufzuheben, schritt er über die vom Regen aufgeweichte Erde weiter. Ueberall jagte man ihn fort. Es war einer jener kalten, trüben Tage,

jeden Tag etwas zu essen.

tragen rütteln, schwere Konflikte mit Jugoslawien wären unvermeidbar. Darum verlangen wir vom Minister Aufklärung darüber, welche Vereinbarungen zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien getroffen wurden. Die Gefahr, daß wir in Perwühlungen Jugoslawiens miteinbezogen werden, steht unmittelbar vor uns. Der Minister des Äußeren hat es auch unterlassen, auszuführen, welche Vinten seine Politik befolgen will, um die schwere Wirtschaftskrise, von der wir heimgesucht sind, zu bekämpfen. Die Sanierung Österreichs, die günstige Lösung des Reparationsproblems für Deutschland, sind Lebensfragen für die arbeitende Bevölkerung in der tschechoslowakischen Republik. Der überwiegend größte Teil unseres Exports geht nach Deutschland und Österreich. Die wirtschaftliche Verbindung dieser Staaten berührt unsere Interessen ganz anders als das politische Bündnis der Kleinen Entente. Wir haben nur geringe wirtschaftliche Beziehungen, die uns mit Jugoslawien verbinden. Darum fordert er vom Minister Erklärungen über die Regierungspolitik in den Fragen der Außenpolitik, die eine der Grundlagen unseres wirtschaftlichen Lebens bilden.

Abgeordneter Dr. Kramar (Nationaldemokrat) beschäftigt sich vornehmlich mit den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Raska über den Minderheitenschutz durch den Völkerbund. Auf die Ausführungen des Genossen Cernak reflektierend, hebt er hervor, welche Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in der Zukunft unser Bündnis mit Jugoslawien haben wird.

Abgeordneter Genosse Dr. Holtzinger antwortet Herr Dr. Kramar, daß schon die heimischen Agrarier durch ihre Schutz- und Abperrungspolitik dafür sorgen werden, daß ein lebhafter wirtschaftlicher Verkehr zwischen der industriellen Tschechoslowakei und dem agrarischen Jugoslawien verhindert werden wird. Er schildert die schwere Bedrohung unserer Industrie durch die Wirtschaftskrise und verweist auf das internationale Anwachsen der Reaktion.

Abgeordneter Dr. Winter (tschechischer Sozialdemokrat) verlangt vom Minister die Zerstreung der Behauptungen, die darin bestehen, daß die Finanzkontrolle über Österreich zur Stärkung der Reaktion gegen die Arbeiterklasse ausgenutzt werde. Er verlangt, daß die gesamte Bevölkerung Österreichs zu gemeinsamer Tätigkeit berufen werden soll. — Es sprechen sodann nochmals die Abgeordneten Dr. Raska und Dr. Kramar, ferner Mischew, Kreibitz, Dr. Prisojstky, Dr. Roudnic und Dr. Blaho.

In seinem Schlußwort beschäftigt sich der Minister Dr. Benes zunächst mit dem Verhältnis zu Italien und führt aus: Es ist heute schwer, sich darüber auszusprechen. Es muß das Regierungsprogramm abgewartet werden, ehe wir Stellung nehmen können. Unsere Vereinbarungen mit Italien bleiben noch in Geltung. Ich wünsche, daß Jugoslawien in keine Konflikte kommt und ich arbeite in dieser Richtung. Die Ereignisse in Italien wirken auf Ungarn, Bayern und Schlesien. Wir sind vorbereitet und müssen ruhig abwarten. Sodann erörtert der Minister die Fragen des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund. Auf die Erörterung unseres Verhältnisses zu Jugoslawien übergehend, erklärte der Minister, daß er bereit wäre, in einer vertraulichen Sitzung genaue Darlegungen zu geben und alle Verpflichtungen des Staates auseinanderzusetzen. Wenn ich heute alles sagen würde, wäre es zum Schaden des Staates, ich muß die günstige Zeit abwarten. Wegen Österreich hat der Völkerbund darauf gesehen, daß alles, was geschieht, im Einklang mit allen Parteien erfolgt. Die Regierung verhandelt dort auch bereits mit den Sozialdemokraten.

Sodann wurde der Bericht des Ministers des Auswärtigen mit den Stimmen der Koalitionsparteien zur Kenntnis genommen.

wo die Herzen sich gleichsam verschließen, wo die Menschen leicht in Farn geraten und es finst in ihrer Seele aufsteht — wo keine Hand sich öffnet, um zu geben oder zu helfen.

Als er alle Häuser, die er kannte, aufgesucht hatte, warf er sich in einen Graben nieder, der an Meister Chicots Hof grenzte. Er „hakte sich los“, indem er seine hohen Krüden unter den Armen durchschleifte und sich hinter den Schwanz zermarterte ihn, aber er war schon zu abgestumpft, um sein namenloses Elend in seinem ganzen Umfange zu empfinden. Er hoffte instinktiv auf irgendein, mit jener vagen Hoffnung, die den Menschen nie ganz verläßt. Wir erwarten von Gott oder von unseren Mitmenschen immer noch irgendeine geheimnisvolle Hilfe, ohne uns darüber klar zu sein, wie, wann und woher sie uns zuteil werden könnte.

Eine Schar schwarzer Hühner kam auf ihn zu, sie suchten ihre Nahrung auf der Erde, die alle Wesen ernährt. Alle Augenblicke pickten sie mit dem Schnabel ein Körnchen oder irgend ein unsichtbares Insekt auf und suchten dann langsam weiter.

Die „Glocke“ sah ihnen mechanisch zu. Plötzlich durchfuhr ihn der Gedanke, wie schön es sein müßte, eines von diesen Tieren auf einem Feuer von dürren Reisern zu braten und zu essen. Er dachte das mehr mit dem Magen als mit dem Kopf, eigentlich war es mehr eine bloße Empfindung wie ein Gedanke.

Es kam ihm nicht im entferntesten am Bewußtsein, daß er damit einen Diebstahl begehen würde. So ergriß er einen neben ihm liegenden Stein, und mit einem geschickten Wurf tötete er das nächste beste Huhn. Das Tier schlug mit den Klügeln und fiel auf die Seite. Die anderen schwankten auf ihren winzigen Füßen weiter und entflohen. Die „Glocke“ erklomm jetzt wieder ihren

Die neue Türkei.

Die Regierung der Nation ruht in den Händen der Nationalversammlung.

Paris, 3. November. Javah meldet aus Konstantinopel: Das Osmanische Reich ist am 1. November um 7.30 Uhr abends in der großen Nationalversammlung von Angora abgeschafft worden. Die Regierung der großen Nationalversammlung ist zum Erben des Reiches proklamiert worden. Die Nationalversammlung wird einen Kalifen zu wählen haben. Der Vertreter der Regierung von Angora hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß die Regierung von Angora alle Verträge, konventionelle Abmachungen usw., welche seit dem 16. März 1920 durch die Regierungsbewaltung von Konstantinopel abgeschlossen worden sind, als null und nichtig betrachtet. Das gleiche gilt von den Abmachungen, welche von dieser Ver-

waltung Finanzunternehmern gemacht worden sind.

Konstantinopel, 3. November (Reuter). Die Nationalversammlung von Angora erließ am 1. November folgendes Gesetz: Seit dem 16. März 1920 und für alle Zeiten ruht die Regierung der Nation in den Händen der Nationalversammlung. Keine andere Regierungsform wird anerkannt. Das Volk wird keine persönliche Herrschaft von Konstantinopel aus anerkennen. Das Kalifat bleibt beim Haus Osman, aber die Nationalversammlung wird einen Prinzen wählen, dessen Charakter und moralische Vorzüge dieser Stellung würdig sind.

Die finanzielle Knechtung Österreichs.

Das Kreditgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Wien, 3. November. In der heutigen Sitzung des Nationalrates referierte Berichterstatter Heisl über das Gesetz betreffend die Kreditoperationen. Abg. Genosse Kusterly kritisierte das Vorgehen der Regierung und der Majorität, die anstatt von den Banken das Geld, da diese sich zu seiner Bereitstellung für die Notenbank, also für die Notwendigkeiten des Staates, verpflichtet haben, in irgend einer Form zu verlangen, den Banken dafür, daß sie sich bereit erklären, dem Staate einen bestimmten Betrag zur Verfügung zu stellen, die Zölle und das Tabakmonopol verpfänden. Die Sozialdemokraten sehen mit Empörung diese Wirtschaft, die den Staat in die Abhängigkeit von Banken führt. Der Redner erklärte, mit einer solchen leichtsinnigen Wirtschaft wollen die Sozialdemokraten überhaupt nichts zu tun haben. Abg. Kollmann (Christlichsozialer) erklärt in einer Polemik mit dem Vorredner, es sei klar, daß die Banken, wenn sie mit dem Staate eine Anleihe abschließen, ein Geschäft machen wollen. Abg. Elestin (Großdeutscher) verweist darauf, daß man sowohl im Ausland

wie auch im Inlande wieder Vertrauen zu Österreich besomme. Auf das lebhafteste zu begrüßen sei die Energie, mit der versucht werde, unter allen Umständen und mit allen Mitteln die Banknotenpresse zum Stillstand zu bringen. Abg. Schönbauer (Bauernbund) erklärt, seine Partei nehme die Vorlage an. Redner wünscht, daß noch vor der Gründung der Notenbank zur Aufnahme eines großen Investitionskredits geschritten werde, der die Mittel in die Hand geben soll, die Landwirtschaft zu intensivieren. Das Gesetz wird mit dem Zusatzantrag Kollmann in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Weiß referiert über das Gesetz betreffend die Schaffung von Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Nach der Rede des Abg. Genossen Leutner, der erklärte, die Majorität verjunge mit dem Gesetz einen kleinen Rückschritt in die von ihr so geliebte Monarchie zu vollziehen, wurde das Gesetz gegen die sozialdemokratischen Stimmen in zweiter Lesung angenommen.

Aus dem Budgetauschuß.

Abend-sitzung vom 2. November.

In der Abend-Sitzung unter dem Vorsitz des Abgeordneten Bradac wurde zunächst die Debatte der vorhergehenden Sitzung fortgesetzt. Abg. Spaschek (tschech. Nat.-Dem.) verlangte, daß in der Rangliste des Präsidenten auch jüngere Beamte angestellt werden. Gegen die Kommunisten gewandt, sagte er, sein Wunsch wäre, daß der Präsident Masarik ebenso untergebracht wäre, wie die herrschenden Volkswelten im Kreml. Dann sprach Genosse Hackenberg: Wenn wir die Gelegenheit benützen würden, unsere Wünsche, die wir zur Regelung der Verhältnisse der Nationalversammlung haben, jetzt vorzubringen, hätten wir sehr viel zu reden. Wir betrachten die Budgetberatung nicht als geeignet, diese Frage in die Debatte zu ziehen. Wir werden sie zur geeigneten Zeit immer wieder aufrollen. Die Abgeordneten Modrazek und Binovec hätten besser getan, wenn sie sich über die Rede Dr. Lodgmans nicht aufgeregt hätten, sie sollen erst an ihre eigene Brust schlagen. Denn wer die Prager Strafe aufweist, um den deutschen Abgeordneten ihre Tätigkeit als solche unmöglich zu machen, hat kein Recht, sich über den Nationalismus der anderen zu beschweren. Wir haben mit der Erklärung Dr. Lodgmans in der letzten Sitzung nichts gemein, aber die Mehrheitsparteien haben keinen Grund, sich darüber

aufzuregen, sondern sollten an ihre Tätigkeit im alten österreichischen Parlament denken. Durch ihr Vorgehen machen sie aus Dr. Vaeran einen Nationalhelden der Deutschen und entfachen den Nationalismus immer wieder aufs neue. Unter dieser nationalistischen Stimmung werden die Interessen der Arbeiterschaft am wenigsten berücksichtigt. Genosse Hackenberg zog einen Vergleich zwischen den großen Aufwendungen, welche die Renovierung der Burg verursacht, während für notwendige Spitalerweiterungen kein Geld vom Ministerium zu bekommen ist. Er bezeichnete es als eine Ungehörigkeit, daß Abgeordnete, welche an Exkursionen teilnehmen, separate Speisen verordnen, und erklärte, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Ausgaben stets selbst gedeckt haben.

Beim Kapitel Handelsministerium ergriff der Handelsminister Ing. Rovaal das Wort und erklärte, daß mit Rücksicht auf die Auslastung des Außenhandelsamtes eine Reihe von Exposturen im Inland und sämtliche Amtsstellen dieses Amtes im Auslande aufgehoben werden sollen. Was die Schaffung des neuen autonomen Zolltarifes betrifft, handelt es sich hauptsächlich um die Revision der heutigen Zolltarifzonen, wodurch eine Erniedrigung der Zölle erzielt werden solle. Die einschlägigen Vorarbeiten werden in der ersten Hälfte des kommenden Jahres beendet sein, worauf das neue Zollgesetz und der neue Zolltarif dem Parlament vorgelegt wird. Der Minister verwies weiter darauf, daß ein Staats-

Krüden und machte sich auf, um ihre Beute zu holen. Seine Bewegungen glichen dabei fast denen der Hühner.

Als er den kleinen schwarzen Körper mit dem blutbesiedelten Köpfchen erreicht hatte, belam er plötzlich einen furchtbaren Stoß in den Rücken, so daß die Krüden ihm entfielen und er selbst ein paar Schritte weiter flog. Und voller Empörung stürzte jetzt Meister Chicot sich auf den Uebelthäter und brüllte ihn rasend durch. Er schlug darauf los wie ein Berrückter, wie nur ein bestoßener Bauer schlägt, mit Fäusten und Knien hieb er auf den Krüppel ein, der nicht instande war, sich zu verteidigen.

Die sämtlichen Leute vom Hofe kamen herbei und halfen ihrem Herrn, den Bettler halbtot zu schlagen. Schließlich wurde es ihnen langweilig, sie hoben ihn auf, trugen ihn fort, sperrten ihn in den Holzstall und hielten die Polizei.

Die „Glocke“ war halbrot, er blutete und verging fast vor Hunger. So blieb er am Boden liegen. Es wurde Abend, es wurde Nacht und wieder Morgen. Er hatte immer noch nichts gegessen.

Gegen Mittag erschienen die Gendarme und öffneten mit großer Vorsicht die Türe. Sie hatten sich auf heftigen Widerstand gefaßt gemacht, denn Meister Chicot behauptete, der Bettler habe ihn angegriffen, so daß er sich nur mit Mühe habe wehren können.

„Aufstehen“, rief der Wachtmeister. Aber die „Glocke“ konnte sich nicht mehr rühren, er versuchte zwar, sich an seinen Krüden hinaufzuziehen, aber es gelang ihm nicht. Man hielt das für Verstellung und List, für reine Boswilligkeit, und die beiden bewaffneten Männer fuhren ihn barsch an, packten ihn und stellten ihn mit Gewalt auf seine Krüden.

Jetzt ergriff ihn seine angeborene Furcht vor den gelben Wehrgehängen, die Furcht, die das ge-

hechte Wild vor dem Jäger empfindet und die Maus vor der Katze. Und mit übermenschlicher Anstrengung gelang es ihm, sich aufrecht zu halten.

„Vorwärts“, sagte der Wachtmeister. — Er ging. Das ganze Hospersonal sah zu, wie er fortgeführt wurde, die Frauen drohten ihm mit der Faust, die Männer lächelten spöttisch und riefen ihm alle möglichen Schmähungen nach. Nun hatte man ihn endlich gefaßt. Jetzt hatten sie die Last vom Halse.

Er entfernte sich zwischen seinen beiden Wächtern. Mit verzweifelter Anstrengung gelang es ihm, sich noch bis zum Abend hinzuschleppen. Er war ganz stumpf geworden und wußte gar nicht mehr, was mit ihm vorging. Er war viel zu verführt, um noch irgend etwas zu begreifen.

Untenwegs blieben alle Leute stehen, um ihn zu betrachten und die Bauern murmelten: „Der Dieb!“

Gegen Abend kam man im Hauptorte des Bezirkes an. Bis dahin war er noch niemals gekommen. Er war sich nicht ganz klar darüber, was all das bedeutete und was noch kommen würde. All diese schrecklichen, unerwarteten Dinge, all die Gesichter und die fremden Häuser verwirrten ihn ganz. Er sprach kein Wort, er hatte ja nichts zu sagen, denn er begriff nichts von alledem. Uebripiens hatte er so lange Jahre hindurch mit niemandem gesprochen, daß er fast den Gebrauch der Sprache verlernt hatte, und seine Gedanken waren viel zu wirr, als daß er sie hätte in Worte fassen können.

Er wurde ins Burggefängnis gesperrt. Die Gendarme dachten nicht daran, daß man ihm etwas zu essen geben müsse und so unterblieb es denn bis zum nächsten Morgen.

Aber als man bei Tagesanbruch kam, um ihn zum Verhör abzuholen, fand man ihn tot am Boden. — Das war eine Ueberraschung.

mann für Gewerbeverbesserung in der Slowakei aktiviert wird, dessen Sitz St. Martin sein wird. Weiter soll ein Landesfond für Kredite an Gewerbebetreibende als Zentralgeldinstitut für die Gewerbebetriebe in der ganzen Republik in Prag errichtet werden. Die Kompetenz der Gewerbebetriebe wird erst in der neuen Gewerbeordnung gelöst werden, an deren Ausarbeitung eine eigene Kommission bereits arbeitet. Der Minister erklärte schließlich, daß der der Tschechoslowakei zurkante Schiffsport auf der Donau und auf der Elbe bereits übernommen wurde und daß es in der nächsten Zeit zur Errichtung der Elbe- und Donau-Kleinbahn kommen werde.

Abg. Windisch wendete sich gegen die Ausführungen des Ministers, die Krise habe ihren Höhepunkt noch nicht überschritten. Er bittet den Minister, einseitige Begünstigungen bei Festsetzung der Zölle zu Gunsten von Industrie und Handel zu vermeiden. So sprachen dann noch Cerny, Horal, Benda, worauf Genosse Dietl zu Wort kam. Er fragte den Minister, ob die Organisationen der Arbeiterschaft bei der Ausarbeitung des Zolltarifs und bei der Abhaltung der Kurse zur Ausbildung sozialer Arbeiter zu Rate gezogen werden. Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb wurde den Arbeiterorganisationen nicht zur Begutachtung vorgelegt. Mit Bezug auf die feinerzeitige Rede des Handelsministers Rovaal, in welcher er den Industriellen empfiehlt, die Betriebe zu sperren, sagte Genosse Dietl, daß dies eine vollständige Verkennung des Handelsministeriums ist. Der Herr Minister müßte wissen, wo unser natürliches Absatzgebiet liegt; die Nachfolgestaaten des alten Österreich und Deutschland. Den Optimismus über die baldige Besserung der Wirtschaftskrise teilt kein Mensch mit dem Minister. Selbst die Zuckerindustrie geht einer Krise entgegen, der Absatz im Inlande ist viel zu gering. Der beim Handelsministerium errichtete Wirtschaftsausschuß, welcher das Wirtschaftsparlament dieses Landes werden sollte, ist seit langer Zeit nicht mehr zusammengetreten. Unser Export stockt, die Ziffern der Handelsbilanz weisen einen wesentlichen Rückgang auf. Die Vergebung der Staatlieferungen sollte, soweit Sachlieferungen in Betracht kommen, nur durch das Handelsministerium erfolgen und das Urteil einer Kommission von nichtinteressierten Fachleuten hierbei stets eingeholt werden.

Es sprachen hierauf noch drei tschechische Redner und dann Genosse Fischer, welcher sich mit der Rede des Ministers Dr. Rovaal beschäftigte, welche jeden Ausweg aus der Krise vermissen läßt und mit Kleinlichen Mitteln eine ungeheure Aufgabe lösen will. Der angelegte Zolltarif darf keine Schutzpolitik enthalten, denn eine solche wäre nichts anderes, als die weitere wirtschaftliche Abperrung von unseren Nachbarstaaten, welche von diesen mit Gegenmaßnahmen sofort erwidert würde. Der tschechische Staat ist ein zu kleines Wirtschaftsgebiet, um die starke Industrie selbst erhalten zu können, er ist ein Exportstaat allerersten Ranges. Mit den Nachbarstaaten des alten Österreichs, vor allem mit Deutschland und Frankreich, müssen wir versuchen, in enge Wirtschaftsbeziehungen zu treten, so schwer dies bei dem gewaltigen Unterchied der Volkswirtschaften möglich scheint. Der tschechische Staat, als der wirtschaftlich stärkste Teil, sollte gerade die Führung übernehmen und müßte anstatt Hochzollpolitik zu treiben, sich bemühen, mit diesen Staaten alle erforderlichen Einrichtungen zu erreichen. Anstatt der für uns selbst so verdräulichen Ententepolitik müßte Wirtschaftspolitik in bestem Sinne getrieben werden. Das Handelsministerium müßte gegen die Valutapositionen einschreiten und bestrebt sein, eine Stabilisierung des Kronenwertes herbeizuführen, weil die ewigen Wertschwankungen die Industrie am meisten lähmen. Den in der Tschechoslowakei in den Grenzgebieten wohnenden Arbeitern, welche im Auslande beschäftigt sind, muß Gelegenheit gegeben werden, das für ihren Lebensunterhalt Notwendigste aus dem Auslande hereinzubringen. Die Ansuchen um Einfuhrbewilligungen müssen rascher erledigt werden. In einem so wichtigen Industriestaate, wie die Tschechoslowakei, ist das Handelsministerium eines der wichtigsten. Die Industrie, das sind für uns nicht die Besitzer, die Industriellen, sondern die gewaltige Masse der Arbeiter dieses Staates, und für deren Lebensunterhalt zu sorgen, ist unsere Aufgabe, sollte aber ebenso jene des Handelsministeriums sein.

Darauf erwiderte Handelsminister Ing. Rovaal auf die Ausführungen der verschiedenen Debattierenden und erklärte u. a., unser Staat könne nicht seine Grenzen öffnen, um fremde Waren hereinzulassen, namentlich aus Ländern mit entwerteter Valuta. Die beste Warnung kann für uns die Inflationspolitik sein, welche von Österreich und Deutschland betrieben wird und welche die dortige Industrie bedeutend geschädigt hat. So steht z. B. die Textilindustrie in Deutschland zum Vorteil unserer Textilindustrie still. Der Minister glaubt, daß die Textilindustrie die erste sein wird, die sich wieder emporarbeiten wird, nach ihr dann die Glas- und die Porzellanindustrie. Viel wurde in der Debatte auch über den autonomen Zolltarif gesprochen. Dieser ist aber nicht Sache des Handels-, sondern des Finanzministeriums. Auch die Frage der Getreidezölle ist nicht Sache des Handelsministeriums, sondern ein Politikum. Was die Verabfolgung der Tarife anbelangt, ist dies Sache des Eisenbahnministeriums. Der Handelsminister ist nach Kräften bemüht, ihre Verabfolgung zu bewirken. Das Ministerium wendet keine Aufmerksamkeit auch unseren Häfen und unserer Wasserstraßenpolitik zu. Was die Handelsverträge mit den fremden Staaten anbelangt, so ist dies eigentlich Sache des Ministeriums des Äußeren. So besteht die Hoffnung, daß wir in kurzer Zeit einen Vertrag mit Ungarn haben werden. Es ist nicht wahr, daß Maschinen von uns ausgeführt werden, es werden nur Textilmaschinen ausgeführt, und zwar einerseits Maschinen, die aus Frankreich zu uns eingeschleppt

wurden und die wir nach den Friedensverträgen zurückzugeben verpflichtet sind, andererseits überflüssige Maschinen, die auf Erfinden der Arbeiter ausgeführt werden, damit sich die Fabriken das nötige Kapital verschaffen können, um die Krise überwinden zu können. Der Minister gab dann noch ausführliche Aufklärungen bezüglich einiger an ihm gerichteten Anfragen und versicherte, es werde das Bestreben des Handelsministeriums sein unserem Handel und unserer Industrie aus der jetzigen Krise herauszuhelfen, damit sie wieder in ein normales Gleis gelangen.

Hiermit war die Spezialdebatte über das Budget des Handelsministeriums abgeschlossen.

Sitzung vom 3. November.

In der gestrigen Sitzung standen zur Verhandlung die Kapitel des Voranschlags: Oberstes Verwaltungsgerichtshof, Oberstes Rechnungskontrollamt, Justizministerium, Referenten waren: Dr. Hofel, Spázel, Vanda und Matoušek. In der Debatte sprach zunächst Dr. Bobol über die Verhältnisse in der Slowakei, dann Abg. Chalupa (tsch. Soj.), welcher eine gesetzliche Regelung zwischen dem Obersten Kontrollamt und den Ministerien, beziehungsweise der Nationalversammlung wünschte. Abg. Genosse **Hadenberg** verwahrte sich gegen die rasche Durchpeitschung des Voranschlags im Budgetauschuss. Es ist keinem Mitgliede dieses Ausschusses möglich, die Vorlagen gründlich zu studieren. Aus Mangel an richterlichem Personal läßt die Rechtspflege in diesem Staate sehr zu wünschen übrig. Der Gang der Gerichtsverhandlungen ist ein zu langsamer, sowohl in der Zivil- als auch in der Strafsprochpflege. Durch die Sprachbarriere ist die Erleichterung verdoppelt worden und wird ungeheuer viel überflüssige Arbeit durch die Uebersetzungen verursacht. Neben der Reform des Strafgesetzes und der Zivilprozedur sowie des bürgerlichen Gesetzbuches ist es notwendig, sich mit der Regelung der Sprachfrage zu beschäftigen und daran zu denken, durch Vereinfachung der Rechtspflege Ersparungen herbeizuführen. Die Konstitutionspraxis ist eine Schande für diesen demokratischen Staat, besonders ist es die Kritik richterlicher Urteile, welche die Staatsanwälte unterdrückt. Das Terrorgesetz wird nur gegen die Arbeiter angewendet. Die Gerichte sind überlastet, aber trotzdem finden manche der Herren Staatsanwälte noch Zeit genug, wegen jeder Lappalie selbst politische Verfolgungen von Abgeordneten einzuleiten. Die letzte Sitzung des Immunitätsausschusses hatte fast 60 Ansuchen um Auslieferung von Abgeordneten wegen politischer Delikte zu erledigen. Wegen jeder Verfallensurkunde werden Abgeordnete verfolgt. Wir protestieren auf das Schärffste dagegen, daß Abgeordneter Vaeran in Strafuntersuchung gesetzt wurde und an der Ausübung seines Mandates gehindert wird, obwohl uns mit ihm keinelei Gemeinlichkeit verbindet, sondern wir zu ihm im schärfsten Gegensatz stehen. Im Parlamente des alten Oesterreichs ist selbst verurteilten Abgeordneten Gelegenheit gegeben worden, ihre gesetzgeberische Tätigkeit auszuüben. Die Herren der Mehrheit mögen doch erwägen, ob sie mit der Einleitung solcher Verfolgung dem Staate nützen; sie schaffen Märtyrer und tragen unvermeidlich zur Verschärfung der nationalen Gegensätze bei. Auf dem Gebiete des Strafvollzuges müßten Verbesserungen eintreten. Es darf nicht vorkommen, daß Verurteilte im jugendlichen Alter mit abgeleiteten Zuschüßeln in eine Zelle gesperrt werden. Den politischen Häftlingen wird es vermehrt, nach ihrer Wahl zu leben. Man gibt ihnen die „Prager Presse“ (Abg. Fikšer: Das ist ja eine Strafvollzugsreform!) „Allgemeine Bletterkeit“, sowie im alten Oesterreich die Wiener Zeitung die einzige Lektüre bildete. Das ist eines demokratischen Staates unwürdig.

Es sprachen sodann noch Fubnit, Bällmann, Roudnich und Horat, sodann Minister Dr. Mackovic, der Präsident des Obersten Rechnungskontrollamtes, Dr. Křener, Justizminister Dr. Dolonky und Sektionschef Dr. Polak. Die Referenten verzichteten auf das Schlüsselwort.

Inland.

Nationalistisches Fieber. Der Erfolg Mussolinis läßt die tschechischen Nationalisten nicht zur Ruhe kommen. Ein unstrittiges Verdienst um die neueste Kampagne der nationalistischen Presse hat aber auch der Herr Dr. Lodyman, der durch seine Prahlerei mit Hochverrat, außerparlamentarischen Kampfmitteln usw. reichlich Del auf das tschechisch-nationale Feuer gegossen hat. Sei es Zufall, sei es Absicht — jedenfalls ist es eine nicht zu übersehende Tatsache, daß sich fast sämtliche tschechische Abendblätter gestern darin gefielen, gegen die wehrlosen Deutschen Sturm zu laufen. Von dem nationalsozialistischen „České Slovo“ bis zur nationaldemokratischen „Narodní Democracie“ ertönt der Ruf: Kreuziget sie.“ Im „České Slovo“ befaßt sich Štokrobský mit der nationalen Frage; er begrüßt die hochherräterische Politik der Deutschen, weil diese den Beweis dafür liefern, daß die deutsche Nation einen unverbesserlichen Charakter besitze. Nichts kennzeichnet die Zusammenarbeit der Nationalisten auf deutscher und tschechischer Seite besser als der Satz: „Die Deutschen haben sich (zum Kampfmittel Anna d. Red.) die Faust ausgesucht und das schmerzt uns nicht, weil es der schwerste Fehler ist, den je die deutsche Politik in Böhmen begangen hat; jeder Fehler des Feindes ist aber unser Erfolg.“ Lodyman hat mit seinem „Hochverrat“ renomiert — das ist es auch, was ihn von den tschechischen „Hochverrättern“ unterscheidet: sie üben zuerst „Hochverrat“ und sprachen

später davon; Lodyman spricht zuerst von „Hochverrat“ und wird auch später keine Tat sagen — und Štokrobský, der „national empfindlich“ ist, wie er selbst sagt, will den Nutzen daraus für den tschechischen Nationalismus ziehen. Er sagt weiter, daß sowohl für die Tschechen als auch für die Deutschen die Periode des Wartens vorbei und das Verhältnis zu den Deutschen klar sei. Štokrobský wünscht also, daß die Deutschen „Hochverrat“ üben. Offener hat wohl noch selten ein Nationalist gesprochen. Was aber für ihn und für seine „sozialistische“ Partei am meisten kennzeichnend ist, ist wohl der Umstand, daß er die Existenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und deren Meinung zu den Lodymanschen Kraftmeiereien gänzlich übersehen. Fürwahr, ein feiner „Sozialist“ und ein feines „sozialistisches“ Blatt, das der national-fascistischen Verbeugung Raum gibt. Will vielleicht die tschechische Sozialistenpartei in einem nationalistischen Faßmel die Strömung verdrängen lassen? Fast scheint es so. Natürlich ist der Faschismus auch der „Narodní Politika“ zu Kopf gestiegen. Sie steht unter der „Suggestion der Tat“ und verkündet, daß bloß Taten entscheidenden Wert haben. Ihre Betrachtung schließt sie mit den Worten: Beispiele ziehen.“ Die Stellungnahme dieses Blattes ist umso bemerkenswerter, als es noch vorgestern gegen den Faschismus zu Felde zog. Aber — das Beispiel der „Narodní Democracie“ hat eben gezogen. Dieses Blatt möchte besonders gerne die nationale „Vollseele“ zum Kochen bringen und verherrlicht daher die Faschisten auf jeder Seite mindestens einmal. Die Regierung müsse eingreifen — so meint das Organ — und die Ursachen des Siedens im nationalen Lager beseitigen, das durch die deutsche Provokation, die deutschen Verbredler und die verbündete feige Politik der Germanophilen erregt sei. Štokrobský sagt das Blatt: „Es genügt ein Funken — und die Unzufriedenheit wird in einer Flamme auflodern, die recht hoch empor schlagen würde.“ So der Leitartikel; aber auch im Inneren des Blattes befinden sich zahllose Schmetzen, in denen von der „lebendigen nationalen Bewegung“, die angeblich bevorsteht, die Rede ist. . . . Woher wohl die „Narodní Democracie“ das weiß? Wahrscheinlich werden die Herren um das Blatt herum der „Bevorstehenden“ Bewegung nicht allzu ferne stehen. Wer erinnert sich da nicht an die Landeskatere-„Beitrag“, die von der Mariencasse, in der sich die Redaktion dieses Blattes befindet, ihren Anfang nahm? Auch der „Nový večerník“ glaubt nicht zurückstehen zu dürfen und verkündet daher, daß Berlin, Dresden, das „verderbteste Breslau, das von tschechischen König Ottokar II. gegründete Königsberg und Leipzig einst slavisch waren; die tschechischen Faschisten haben also jedenfalls, wie aus der Aufzählung dieser Orte ersichtlich ist, sehr viel Arbeit zu leisten.

Tages-Neuigkeiten.

„Der Kaiser ist nicht reich.“ Ein deutscher Journalist hatte die Ehre, zu längerer Unterredung von der Prinzessin Schönaich-Carolath empfangen zu werden, kurz bevor sie dem von aller Welt geliebten Wilhelm die Hand zu ewigem Bunde reichte. Und was der wadere Zeitungsschreiber erfuhr, ist selbstverständlich ein Freßeln für alle Bourgeoisblätter, die nicht müde werden, mit Schilderungen von den „Zorgen“ Wilhelms und seiner Umgebung immer wieder an die Tränenrösten und — Untertanengefühle ihrer Leser zu rühren. Natürlich druden auch „Prager Tagblatt“ und „Bohemia“ diese Unterredung mit der hohen Braut nach, die unter anderem so schlicht die Worte prägte: „Der Kaiser ist nicht reich.“ Und wiederum werden die heimlich monarchistisch süßelnden Herzen butterweich werden eb des vom Kaiserthron gejagten armen Teufels, der seiner lieben Braut — ein Geschenk im Werte von 800 Millionen Mark machte.

Es handelt sich um ein Schmuckstück, das in Berlin verfertigt wurde und dessen Hauptteil, ein Diadem, aus nicht weniger als 700 Brillantsteinen zusammengesetzt ist. Von diesen wiegen die kleinsten eine halbe Karat, die Hauptsteine sind von erstensier Pracht und Größe. Ober- und Untertheil des Diadems sind aus Platin, dem teuersten Metall, das zurzeit den vielfachen Wert des Goldes hat, gearbeitet. Außerdem gehören zu dem Schmuck ein Anhänger und ein Paar Ohringe, diese aus Feinsilber gearbeitet, aber gleichfalls mit kostbaren Diamanten besetzt. Der Wert des Diadems allein wird von Fachleuten auf 800 Millionen Mark geschätzt.

Während das deutsche Volk bitterste Not leidet, ist also der Mann, der es in diese Not hineingerissen und dann das Weite gesucht hat, in ständiger, seiner Braut ein Hochzeitsgeschenk im Werte von ziemlich einer Milliarde zu machen. Millionen Kriegsschadigte, Kriegswitwen, Kriegswaisen usw. können kaum das Brot erschwingen, Wilhelm aber behängt seine Braut mit Brillanten, deren Wert ausreichen würde, um hunderttausend Familien über die Not dieses Winters hinwegzuhelfen.

Dies die moralische Seite der Angelegenheit, die das Bild Wilhelms um einen Charakterzug bereichert. Die Sache hat aber auch ihre politische und strafrechtliche Seite. Sie wird beleuchtet von einer Interpellation, welche die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eingebracht hat und in welcher die Regierung gefragt wird:

Ob die zuständigen Stellen die Genehmigung zur Ausfuhr des Diadems erteilt haben, das aus Deutschland nach Holland überführt werden soll. Falls um diese Ausfuhrbewilligung nicht ersucht worden sei, wird gefragt, ob die Reichsregierung Auskunft über den Verbleib des Schmuckstückes erteilen könne und welche strafrechtlichen Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, wenn dieses Wertobjekt ohne Ausfuhrerlaubnis über die Grenzen des Reiches gebracht werden würde.

Wie immer die Antwort ausfallen wird — Wilhelm leistet sich einen Export von Milliardenkostbarkeiten. Und das widerspricht doch durchaus nicht der von den diversen Bürgerblättern wiedergegebenen Behauptung seiner nunmehrigen Lebensgefährtin: „Der Kaiser ist nicht reich.“

Einem halantenzlerischen Geheimbunde auf der Spur. Aus Eger wird gemeldet: Dem hiesigen Kreisgerichte wurden aus Plan sechs junge Leute, darunter auch ein Hochschüler eingeliefert. Auch aus Freiwaldau (Schlesien) wurden zwei Personen, die früher in Plan gearbeitet haben, hierher gebracht. Die Verhaftung dieser acht Personen erfolgte wegen ihrer Zugehörigkeit zu einem Geheimbund. Bei einer Hausdurchsuchung in Plan fand man Stinkbomben und Flugblätter, sowie einen großen Geldbetrag. Nach den bisherigen Erhebungen handelt es sich um eine halantenzlerische Geheimorganisation, ähnlich den in Deutschland durch das Schutzgesetz aufgelösten. Wir werden über den Fortgang der Untersuchung weiter berichten. — Abzuwarten bleibt es jedoch jedenfalls, ob diese Geheimbündler jene Tätigkeit sein soll, welche die Deutschnationalen und Deutschgelben jetzt so großmäulig angekündigt haben. Es wäre jedenfalls ganz nach ihrer Art: dumme Jungen sollen die Suppe auslöffeln, welche ihnen die wohlwolligen im Hintergrund verborgenen „Führer“ eingebracht haben.

Schuldrosselungen im Bezirke Gablonz. Das Präsidium des Landesschulrates hat, wie verlautet, den Auftrag erteilt, die bereits einmal eingestellten und dann auf Grund eines Beschlusses des Bezirkschulsausschusses weitergeführten 25 Schulklassen sofort aufzulassen; die freigewordenen Lehrkräfte sollen ab 1. November verkehrt werden. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so würde diese Maßnahme eine neue, unerhörte Droffselung des deutschen Schulwesens im Bezirke Gablonz bedeuten, da in vielen Gemeinden Schulklassen mit achtzig Schülern gebildet werden müßten.

Das Attentat auf den Minister Udrzal. Wie die „Libove Reviny“ aus Kaschau mitteilen, galt das Attentat, das auf das Auto verübt wurde, in dem Minister Udrzal und General Gajda saßen, nicht dem Minister, sondern dem General Gajda. Minister Udrzal fuhr zuerst in einem anderen Auto und stieg erst später in das Auto des Generals Gajda über. Da die beiden Schüsse gegen die linke Seite des Autos abgefeuert wurden, ist sicher anzunehmen, daß man General Gajda, der zuerst auf dieser Seite saß, treffen wollte. Wie das Blatt weiter meldet, sollte ein neuer Anschlag auf dem Friedhof in Kaschau stattfinden, der jedoch durch die Vorsichtsmaßnahmen der Gendarmerie und Polizei vereitelt wurde.

Konstantin wird der Prozeß gemacht. Wie die Blätter aus Athen melden, wird dem Exkönig Konstantin die Schuld und Verantwortung für die Niederlage und den Zusammenbruch Griechenlands zugeschrieben und er soll ersucht werden, vor der Untersuchungskommission zu erscheinen, widrigenfalls werde die Angelegenheit dem Sonderkriegsrat abgetreten werden und Konstantin in contumaciam mit den übrigen Ministern abgeurteilt werden. — Der Revolutionärsauschuss dementiert das Gerücht von der Verschiebung des Prozesses und der Erhebung des Kriegsrates durch einen Sondergerichtshof. Der Prozeß soll in der nächsten Woche beginnen.

Als Faschisten — verurteilt. Aus Paris wird gemeldet: Nach einer Meldung aus Neapel haben etwa 100 als Faschisten verurteilte Individuen verschiedene terroristische Taten verübt. Sie drangen in die Kaiseräle ein, wo sie jedoch von königlichen Gardisten und „echten“ Faschisten verhaftet wurden.

Raubmord. Wie aus Wetzlar bei Wies berichtet wird, wurde in der Nacht vom Montag auf Dienstag der 23jährige Fleischhauer Bohm aus Amselup unweit der Station Jenu von unbekanntem Täter erschossen und seiner Burschenschaft beraubt. Der Gendarmen gelang es, eine Anzahl von verdächtigen Personen festzunehmen, doch steht es bisher nicht fest, ob sich die Mörder darunter befinden.

Eine Patrone als Spielzeug. In Franzensthal fand der 13jährige Friedrich Plastke eine Patrone und wollte deren Füllung anschauen. Er hämmerte daher mit einem Stein auf der Patrone herum, die natürlich explodierte. Durch ein Sprengstück wurden ihm Anaben mehrere Zähne herausgeschlagen während ihn ein anderes an der einen Hand so schwer verletzte, daß eine Operation im Leiskener Krankenhaus sofort notwendig war.

Die Gemeindevahlen in London.

London, 3. November. (Neuer.) Nach den Ergebnissen der Londoner Gemeindevahlen besitzt die Arbeiterpartei von 28 städtischen Wahlbezirken bloß in vieren das Uebergewicht, während sie bisher 14 Bezirke beherrschte. In 21 städtischen Wahlbezirken hat die Arbeiterpartei überhaupt keine Vertretung. Das endgültige Verhältnis der Parteien auf Grund der Municipalwahlen ist folgendes: Die Municipalreformisten 806 Mandate (vor den Wahlen 596), die Labour Party 253 (bisher 573), der Steuerzahlerverband 187, die Progressivisten 84 und die Unabhängigen 26 Mandate.

Telegramme.

Die erste Neve des neuen englischen Ministerpräsidenten.

London, 2. November. Bonar Law hielt heute nachmittags vor einer Frauenversammlung seine erste öffentliche Rede in London als Premierminister. Er sagte u. a.: Trotzdem er wisse, welchen Einfluß die Presse habe, habe er keinen Versuch unternommen und wolle auch keinen unternehmen, irgend einen Handel mit der Presse abzuschließen.

Bonar Law fuhr fort, die wahre Ursache des Zusammenbruchs der Koalition sei darin zu suchen, daß das englische Volk allgemein der Ansicht sei, daß man unter Lloyd Georges Herrschaft nicht wußte, wo man heute stand, und nicht sehen konnte, wo man morgen stehen werde. Es sei ein großer Fehler, anzunehmen, daß neue und jüngere Männer in der Regierung die Arbeit nicht ebenso wirksam leisten würden. Lloyd George sei ein Mann von riesenhafter Energie und überraschender Vitalität. Jede große Frage, die auftauche, habe er in Angriff zu nehmen versucht. Dies sei nicht seine (Bonar Laws) Art, ein wichtiges Amt auszufüllen. Er wolle es ausfüllen wie der Mann an der Spitze eines Geschäftes, der die Arbeit anderen überläßt und nur allgemein die Aufsicht führt. Dies sei der Wechsel, den er beabsichtige.

Die Beziehungen zu Frankreich müßten der Grundton der britischen Außenpolitik sein. Wir können Frankreich klar machen, daß wir einsehen, daß jeder Bruch des Einvernehmens zwischen den beiden Ländern für beide und für die Welt verhängnisvoll sein würden. Wir können versuchen, ein Übereinkommen zwischen den Franzosen und uns zu erzielen, da wir erkennen, daß, wenn wir ein Übereinkommen nicht erzielen können, ein Chaos in Europa die Folge sein werde.

Das Internationale Arbeitsamt und die deutsche Sprache.

Genf, 2. November. In der Vorschlagskommission der Internationalen Arbeitskonferenz wurde die Frage der Einführung der deutschen Sprache als dritten Amtssprache neuerlich durch den Antrag Schuerd aufgeworfen, die Konferenz möge die Einführung der deutschen Sprache als dritte Amtssprache als wünschenswert bezeichnen und den Verwaltungsrat auffordern, die hierdurch entstehende finanzielle Belastung zu prüfen.“ Eine von der Kommission eingesetzte Unterkommission hatte folgende neue Fassung vorgeschlagen: Die Konferenz läßt den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ein, eine Untersuchung über die finanziellen Fragen anzustellen, die einerseits aus der Einführung einer neuen Amtssprache andererseits aus der Erweiterung des Amtsmaterials und den Veröffentlichungen des Arbeitsamtes in anderen als den beiden Amtssprachen entstehen könnten.

Albert Thomas verteidigte hierauf sehr lebhaft und nachdrücklich den Text der Unterkommission und forderte die deutschen Delegierten dringend auf, dem Antrage der Unterkommission zuzustimmen, welcher den einzig möglichen Weg anzeige, eine gerechte Lösung der Frage herbeizuführen. Der deutsche Regierungsvertreter Rejmann erklärte, unter diesen Umständen für die Fassung der Unterkommission zuzustimmen.

Die Kommission nahm hierauf den Antrag der Unterkommission an. Die Konferenz wird sich also in ihrer morgigen letzten Sitzung darüber zu entscheiden haben, ob sie nicht den Verwaltungsrat auffordern soll, nochmals die ganze Frage bezüglich der Einführung einer dritten Sprache nachzuprüfen.

Die Faschisten tenten ein.

Rom, 3. November. Mit Rücksicht auf einzelne Aktionen gegen die sozialistischen Häuser forderte das Generalkommando der Faschisten die in Rom zurückgebliebenen Faschisten auf, sofort abzureisen, da sie sonst verhaftet und bestraft würden. Ministerpräsident Mussolini hat angeordnet, daß die erzwungene Demission der sozialistischen Gemeindevertreter nicht anzuerkennen sei.

Auf der Suche nach dem Außenminister.

Rom, 3. November. (Gavas.) „Azzione“ meldet, daß Mussolini das Portefeuille des Ministeriums des Äußeren dem Zwart Contarini, dem Generalsekretär der Consulta, angeboten habe. Sollte Contarini ablehnen, würde Mussolini dieses Portefeuille Salvagoraggi anbieten.

Drohender Bergarbeiterstreik in Polen.

Warschau, 3. November. (Tsch. P. B.) Den Blättern zufolge fand in Dobrowa eine Konferenz der Bergarbeitervertreter des Dombrowaer und des Krakauer Kohlenreviers statt. In einer Resolution wird erklärt, daß die Ablehnung der Forderungen der Bergarbeiter durch die Bergwerksbesitzer eine kritische Lage geschaffen habe. Ueber die Frage eines Streikes werden die Bergarbeiter erst in einer geheimen Abstimmung beschließen.

Revolution in Albanien.

Paris, 2. November. Aus Athen langt die Meldung ein, daß in Albanien eine Revolution ausgebrochen sei und daß die Regierungstruppen genötigt waren, sich gegen Berat zurückzuziehen. Die Regierung soll nach Valona geflüchtet sein. Vier aufständische Beys sind hingerichtet worden.

Kleine Chronik.

Absturz des Paris-Warschau-Flugzeuges. Das Flugzeug Paris-Warschau ist am Mittwoch an den Wiskoffstein bei Wicksdorf in Bohmen angefahren und explodiert. Der Flugzeugführer ist tot, der französische Begleitoffizier schwer verwundet, das Flugzeug selbst völlig zertrümmert.

Ein Naturfarbenfilm. Gestern fand in der Wiener „Urania“ die Ersvorführung des von dem Wiener Astronomen Dr. S. N. G. erfundenen Naturfarbenfilms statt.

Eine neue Erklärung des Golfstromes. In der „Frankfurter Zeitung“ finden wir nachstehende neue, höchst interessante Erklärung des Golfstromes: Ein Dr. Le Danois, der sich mit der Hydrographie des nordatlantischen Ozeans seit Jahren beschäftigt und erst eben wieder von einer wissenschaftlichen Kreuzfahrt zurückgekehrt ist, glaubt auf Grund seiner Vorjahnungen feststellen zu können, daß der eigentliche Golfstrom, der als Fortsetzung des Äquatorialstroms, aus der Nordatlantische austritt, an der Küste Nordamerikas entlang zieht, und sich in Höhe von Neufundland ostwärts wendet, tatsächlich bereits in der sogenannten Sargassosee endet, oder vielmehr um dieses von Tonngassen erfüllte stillere Meeresgebiet herumfließt und damit den nordatlantischen Stromtrichter schließt. Wie erklärt sich nun das klimatische Phänomen Westeuropas, das man bisher den Wirkungen des Golfstromes zuschrieb? Le Danois geht davon aus, daß bei den Wassermassen des Atlantischen Ozeans zwei Gruppen zu unterscheiden sind: die eine weniger salzhaltige umfaßt die arktischen und kontinentalen Gewässer, die andere mit höherem Salzgehalt breitet sich insbesondere über die äquatorialen Teile des Ozeans aus, wo das Wasser einer ständigen Erwärmung ausgesetzt ist. Der französische Gelehrte hat nun festgestellt, daß im Wechsel mit einer Ausdehnung des arktischen Eises in den Wintermonaten eine sogenannte sommerkliche Transgression sich, die vom Juni bis zum November festzustellen und darauf zurückzuführen ist, daß die salzhaltigen äquatorialen Gewässer um diese Zeit eine bedeutende Ausdehnung erfahren, welche bewirkt, daß sie über die kalteren arktischen und kontinentalen Gewässer überfließen. Diese Bewegung ist besonders deutlich um die Mitte des Sommers, wo ausgedehnte Ueberflutungen (Transgressionen) warmen und salzigen Wassers vom Juni an im Busen von Biscaya, im Juli bis Neufundland, im August im Süden von Island und im September in der Nordsee zu beobachten sind. Die Abkühlung im Winter zieht dann die äquatorialen Wasser wieder zusammen und macht dadurch den salzärmeren kontinentalen und arktischen Wassermassen Platz. Le Danois kommt also zu dem Schluss, daß die Wärmeveränderungen in der Nordatlantik durch diese mit den Jahreszeiten wechselnden Phänomene bedingt sind und nichts mit dem Golfstrom zu tun haben. Jedenfalls seien die klimatischen und biologischen Bedingungen Westeuropas, die man bisher Verzweigungen des Golfstromes zugeschrieben habe, durch die oben geschilderten Bewegungen enormer Wasserflächen atlantischen Wassers leichter zu erklären, als durch Strömungen, deren Vorhandensein daneben keineswegs gelungen wird. Die bisherige allgemeine irrthümliche Auffassung ist, wie der französische Gelehrte meint, hauptsächlich dadurch entstanden, daß systematische wissenschaftliche Beobachtungen auf diesem Gebiet der Ozeanographie erst im Winter, sondern zunächst im Sommer, das heißt zu einer Zeit erfolgten, in der die sommerlichen Transgressionen ihre größte Stärke hatten und infolgedessen die Meeresoberflächengänge des Golfstromes verdeckelt erschienen. Die Wichtigkeit dieser Entdeckung für die Schifffahrt sowohl für den Fischfang liegt auf der Hand. Trotzdem wird es nicht ganz leicht sein, das tief eingewurzelte alte Golfstrom-Dogma zu beseitigen.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Einigung im Falkenauer Revier.

Falkenau, 3. November. (Eigenbericht.) Die Verhandlungen, die bis gestern Abend in später Nachtstunde getagt haben, wurden heute fortgeführt und sind nachmittags abgeschlossen worden. Der Lohnvertrag wurde beim Ministerium für öffentliche Arbeiten vorbehaltlich der Zustimmung der am Sonntag den 5. November stattfindenden Betriebsrätekonferenz abgeschlossen.

Die Angestelltenorganisationen gegen Arbeitslosigkeit und für Einberufung des Wirtschaftsbeirates. In Vertretung der Zentralerlegativen der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände sprachen am 3. November der Vorsitzende Baumer, Abg. Girsch und Abg. Klein beim Handelsminister vor, um die Aktivierung des bereits zu Beginn dieses Jahres geschaffenen Wirtschaftsbeirates zu erwirken, der Gelegenheit bieten soll, die Interessen der Angestellten während der herrschenden Krise zu vertreten. Minister Nowak erklärte, die Angelegenheit der Einberufung des Wirtschaftsbeirates zum Gegenstand der Beratung des Ministerrates zu machen, doch hätten einige Korporationen trotz aller Urgeizungen ihre Vertreter noch immer nicht namhaft gemacht. Auf die Krise eingehend, erklärte er, alle Mittel anzuwenden, um eine Preisherabsetzung aller Erzeugnisse zu erzielen, denn dies wäre die Vorbedingung zur Behebung der Krise. Die Frage der Arbeitslosigkeit wurde von den Angestelltenvertretern mit dem Minister Nowak erörtert, wobei entsprechende Maßnahmen gefordert wurden. Der Minister versprach, auf Grund des vorgelegten Materials Vorbesorge zu treffen, um den Angestellten entsprechende Schutz angedeihen zu lassen. Die freigewerkschaftliche Zentralerlegative wird ihre Bemühungen zum Schutz der Angestellten fortsetzen.

400 arbeitslose Buchdrucker in Böhmen. Wie der „Burenberg“, die Zeitschrift der Buchdruckerorganisationen meldet, verzeichnet der Ausweis der paritätischen Stellenvermittlung in Prag für den Monat Oktober nicht weniger als 400 arbeitslose Buchdrucker. In einer Zeit, da in früheren Jahren die intensive Tätigkeit in den Buchdruckereien ihren Anfang nahm, und die Zahl der Arbeitslosen sich langsam, aber ständig verminderte, hat die Zahl der Arbeitslosen heuer eine Rekordziffer erreicht. Die weitläufigere Kategorie der Arbeitslosen stellen die deutschen Provinzbuchdrucker. Am 22. Oktober fand in Prag eine Vertrauensmänner- und Filialobmannen-Versammlung statt, welche sich mit der Krise im Buchdruckergewerbe beschäftigte, und die die Einhebung eines Sonderbeitrages beschloß, um die arbeitslosen Kollegen durch einen Zuschuß zu unterstützen. Dieser Akt der Solidarität verdient das höchste Lob.

Lohnverhandlungen in der Warnsdorfer Schuhindustrie. Montag, den 30. Oktober l. J. fanden die Verhandlungen für die Warnsdorfer Schuhindustrie statt. Die Unternehmer forderten einen 20prozentigen Lohnabbau und begründeten denselben in der Aufrechterhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig, da die Unternehmer nur in sehr minimalen Prozentsätzen von ihrer Forderung abtraten. Schließlich war es doch möglich, auf der Grundlage eines 18prozentigen Lohnabbaues einen neuerlichen Lohnvertrag zustande zu bringen. Die neuen Lohnsätze traten mit 1. November in Kraft. Der Vertrag gilt auf unbestimmte Zeit und kann erstmalig am 1. Januar 1923 von beiden Parteien gekündigt werden.

Ein gemeinsames Kohlenverkaufsbureau des Osttrauer Reviers. Wie die „Libove Reviny“ melden, haben die Besitzer der Tšrauer Kohlen-

gruben die Absicht, ein gemeinsames Verkaufsbureau in Brunn zu errichten.

Die Arbeitslosigkeit in Deutsch-Oesterreich. Zu allem Glanz der deutschösterreichischen Arbeiter, zu Lernerung und Lebensmittelmangel, tritt nun auch in diesen unglücklichen Lande die Arbeitslosigkeit. Während es im Oktober des vorigen Jahres in Deutsch-Oesterreich etwas über 8000 Arbeitslose gab, die unterstützt wurden, ist die Zahl der Arbeitslosen Ende Oktober des heutigen Jahres auf 47.000 gestiegen. Selbstverständlich entspricht nicht einmal diese Ziffer dem tatsächlichen Stande der Arbeitslosen, denn die große Anzahl jener Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Unterstützung haben, sind in dieser Ziffer nicht inbegriffen. Dazu kommt noch, daß eine ganze Reihe großer Betriebe nur drei bis vier Tage in der Woche arbeiten, so daß zu den Arbeitslosen noch einige Tausend Kurzarbeiter dazukommen. Am meisten ist von der Arbeitslosigkeit — ähnlich wie bei uns — das Metallgewerbe betroffen, dann folgen die Handelsangestellten, die Gast- und Kaffeehausangestellten, Bauarbeiter, Lebensmittelarbeiter, Schuhmacher und graphische Arbeiter.

Neuregelung der Beamtenbezüge in Deutschland. Im Berliner Reichsfinanzministerium begannen die Verhandlungen über die Neuregelung der Bezüge der Beamten. Die Organisationen hatten außer einer Nachzahlung für Oktober eine Erhöhung des Novembergehaltes gegenüber den Oktoberbezügen um 12.000 Mark gefordert. Daraus sollten 8000 Mark als Feuerungszuschlag und 4000 Mark als Kopfschlag gezahlt werden. Im Verlaufe der Verhandlungen erklärte die Regierung, sie bedauere die Forderung der Gewerkschaften, die jede Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches vernachlässige und lehnte sowohl die geforderte Nachzahlung für Oktober als auch den Kopfschlag ab. Nach längerer Debatte einigte man sich auf den Regierungsvorschlag, für den November eine Zulage von 38 Prozent zu zahlen. Der prozentuale Feuerungszuschlag beträgt also 49 Prozent. Die Spitzenorganisationen stimmten diesem Vorschlag unter Protest und nur deswegen zu, weil die Beamten notwendig Geld gebrauchen. Sie behielten sich vor, im Laufe des Monats neue Forderungen zu stellen, da die eben bewilligte Zulage kein Ausgleich für den Monat November sei.

Die Arbeitszeit der niederländischen Staatsangestellten. Wie „Het Volk“ meldet, hat der niederländische Ministerat beschlossen, die Arbeitszeit der Post-, Telegraphen- und Telefonangestellten um eine halbe Stunde zu verlängern.

Das Präsidium des Internationalen Arbeitsamtes. Der Rat des Internationalen Arbeitsamtes wählte zu seinem Präsidenten neuerdings den französischen Delegierten Fontaine und zu Vizepräsidenten den Arbeiter-Delegierten Dudgey (Holland) und den Delegierten der Arbeitergebeten Carlier (Belgien).

Finanzielles aus Sowjetrußland. Von den verschiedenen Maßnahmen der Sowjetregierung zur Sanierung der russischen Finanzen verdient die Ausgabe einer inneren Prämienanleihe besondere Beachtung. Laut Prospekt soll im November eine erste innere Prämienanleihe auf 10 Milliarden Rubel (in der Ausgabe 1922) auf ein Jahr acht Monate zur Ausgabe gelangen. Die Obligationen werden in 500, 1000 und 2500 Rubel veranlagt werden. Die Sowjetregierung erhofft durch diese Anleihe den kleinen Sparer anzulocken und einen Teil des staatlichen Defizits, das im kommenden Budgetjahr (vom 1. Oktober d. J. bis zum 30. September 1923) auf 400 Millionen Goldrubel von der Budgetkommission berechnet wird, zu decken. Von besonderer Bedeutung für die Ruhestellung des wirtschaftlichen Lebens in Sowjetrußland ist jedoch die Ausbreitung der privaten Banktätig-

keit, die sich zur Zeit durch eine ganze Reihe von Neugründungen von Kredit-Konsumgenossenschaften und gegenseitigen Kreditgesellschaften beobachtet läßt. Ferner verdient die Gründung der ersten privaten russischen Kommerzbank in Moskau, die hauptsächlich mit schwebendem Kapital ins Leben gerufen ist, besonderer Erwähnung. Die Kommerzbank hat auf Grund ihrer Satzungen das Recht, jegliche Bankgeschäfte zu vollziehen. Die Kommerzbank soll bereits Mitte November ihre Tätigkeit beginnen.

Devienkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	17.40
Paris	200.00
Wien	240.00

Prager Kurie.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1235.50	1239.50
100 „ „	912.00	912.00
100 schwed. Kronen	573.50	573.50
100 „ „	192.25	192.75
100 franz. Franken	218.25	217.75
1 Pfund Sterling	140.75	142.25
1 Dollar	31.55.00	31.9.00
100 belg. Franken	201.00	203.00
100 Dinar	51.12	51.62
100 österr. Kronen	0.35.50.00	0.45.20.00
100 poln. Mark	0.15.50	0.25.50
100 magyar. Kronen	1.21.50	1.31.50

Züricher Schlusskurie.

Berlin	0.08.37	Paris	17.00.00
Wien	0.00.71	Nachland	23.55.00
Prag	17.40	Fuß- und	0.22.00
Holland	215.40	Waren	229.7.0
New York	5.48.50	Warschau	0.01.00
London	24.73.00	Wien gest.	0.00.74

Literatur.

Ein unentbehrliches Handbuch für jeden Beamten und Angestellten ist der soeben erschienene Angestellten-Kalender für das Jahr 1923 (herausgegeben vom Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr. Ein Teplitz-Schönan; im Kommissionsverlag der Buchhandlung Robert Wiantoch in Turn bei Teplitz-Schönan). Aus dem Inhalte dieses überaus proflichsen Taschenkalenders ist insbesondere hervorzuheben der vollständige Abdruck des Niederdruckgesetzes mit den Bestimmungen über den Aufstand der Wohnungsdrückung, ferner eine übersichtliche Darstellung des wesentlichen Inhaltes des Betriebsauschussesgesetzes mit einer fesselnd geführten Darstellung der Vorgeschichte der Betriebsrätebewegung, weiter eine Abhandlung über die Bedeuerformel in der Tschekoslowakei mit besonderer Berücksichtigung der Lage der land- und forstwirtschaftlichen Beamten und Angestellten, ein ausführlicher Auszug aus dem Krankenversicherungsgezet, einige wichtige Bestimmungen der Konsumversicherung, die wichtigsten Vorschriften über die Einkommensteuer u. a. Ferner enthält der Kalender Abhandlungen über die weiblichen Angestellten, über die jugendlichen Angestellten, über die Internationale der Angestellten, reichhaltige Daten über die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen usw. Einzelneit wird der Textteil des Kalenders durch einen fesselnd geschriebenen Aufsatz unter dem Titel „Dich geht es an“. In den Text eingestreut sind Sentenzen, Gedichte u. dal. Der Preis des Kalenders (im Buchhandel 7.50 K) muß in Anbetracht des überaus reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung (steifer Einband mit Leinwandrücken) als überaus niedrig bezeichnet werden, wobei zu bemerken ist, daß schon jedes einzelne der in diesem Kalender enthaltenen Gesetze für sich allein mehr kostet als der ganze Kalender, der als ein für jeden Interessierten dauernd wertvolles Nachschlagewerk bezeichnet werden muß. Zu beziehen ist der Kalender durch alle Buchhandlungen und Zeitungsvertriebsstellen, sowie gegen Voreinsendung des Betrages nebst 1 K Porto direkt vom Verlage Robert Wiantoch in Turn bei Teplitz-Schönan.

Copyright 1922 by Der Malik-Verlag, Berlin-Schlesien.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (7)
Autor. Uebersetzung von Fernyina zur Mahlen.

„Ich will Ihnen etwas verraten.“ sprach Madame Blanchet vertraulich. „Die Dame, die sie stöhnen hören, ist Frau T. Z. Sie kennen doch Herrn T. S., den Filmlönig?“
Zimmermann auherie sich nicht, ob er ihn kenne.
„Sie kommen alle zu mir, die Leute vom Film, zu mir, der Zanderin, der Vertreterin des Gottes der Schönheit. Holly Bretty kommt und Volby Dimple, und Lucy Love und Betty Belle Bird. Sie kommen zu mir, für das Haar, für die Augen, für den Teint. Sie sind selbst einer, der Wunder tut, aber können Sie tun, was ich tue? Können Sie die ganze Haut erneuern? Können Sie die Alten jung machen?“

„Mary Magna kam zu mir und brachte ihre alte Großmutter.“ Madame,“ sagte sie, „machen Sie sie neu, von der Taille aufwärts, man weiß ja nie, wie die Mode sein wird, was man wird zeigen müssen.“ Haha, sie ist geistreich, die reizende Mary. Und ich nahm die alte Dame in Arbeit; Nanzeln werden verschwinden, ihre Haut wird weich sein wie die eines kleinen Kindes, in den Wangen wird sie zwei entzückende Grübchen haben und sie wird mit jungen Burtschen tanzen, die sie nicht von ihrer Cuckelin unterscheiden werden können. Haha! Ist dies etwa kein Wunder?“
Nun wußte ich schon, wo ich mich befand; ich hatte bereits häufig von Madame Blanchets Schönheitskalon gehört. Ich verharre stumm,

fragte mich, wäre es nicht besser, Zimmermann beim Arm zu nehmen, ihn sanft fortzuführen? Oder soll ich ihn den Kampf mit der modernen Zivilisation allein ansprechen lassen?

„D-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o!“
Madame wandte sich lächelnd an mich. „Ich kenne Sie, Herr Billy, habe Sie mit Fräulein Magna gesehen. Ah, Sie schlimmer Junge! Sie haben feines, seidiges Haar — sollten es wachsen lassen — acht Spannen lang — und dann zu mir kommen, für die „Dauerwellen“. So viele junge Männer kommen zu mir für die „Dauerwellen“. Das wissen Sie doch? Sehen Sie, Herr Zimmermann hat sein Haar wachsen lassen, hat die Dauerwellen — sie könnten nicht schöner sein, wenn ich sie selbst gemacht hätte. Ich sage immer: mein Werk ist besser als die Natur, ich erkenne die Natur an ihren Mängeln.“

Ich weiß nicht, ob, was jetzt geschah, zu meinen oder zu Zimmermanns Gunsten war: die Vertreterin des Gottes der Schönheit war bereit, uns einer gewaltigen Offenbarung teilhaftig werden zu lassen. Wöchten Sie gern sehen, wie die „Dauerwelle“ hergestellt wird? Ich werde Ihnen Frau T. S. zeigen. Aber Sie dürfen nicht sprechen, es wäre ihr unangenehm, Herren so gezeigt zu werden. Ihr Rücken ist der Tür zugewandt, sie kann sich nicht bewegen. Wir gestatten den Damen nicht, den Apparat zu sehen; er schaut unheimlich aus, könnte sie erschrecken. Sie werden ganz still sein, nicht wahr?“
„Totenstill.“ versprach Rosythe für uns drei.
„Zuerst,“ erklärte Madame, „wird das Haar ganz fest um kleine Stäbchen gewunden. Dies ist eine äußerst mühselige Sache — jedes Haar muß ganz glatt liegen, keines darf höher sein als das andere. Dies dauert eine geraume Zeit — zwei Stunden bei langem Haar — und es schmerzt, weil das Haar so fest gewunden werden muß. Jede Locke wird in ein feuchtes Tuch gehüllt, dann ver-

wenden wir Elektrizität — und nach Stunden ist das Haar gebogen, gefacht, in den richtigen Wellen. Also ganz still, bitte.“

Sie öffnete leise die Tür.
10.
Vor uns ragte etwas empor, das ich bloß ein Gebirge aus rotem Frauenfleisch nennen kann. Dieses Fleischgebirge war anscheinend ursprünglich von gestärkter Seidenwäsche bedeckt gewesen, doch war diese nun völlig durchnäßt, und durchsichtig wie Seidenpapier. Der Kopf des Fleischgebirges bot einen seltsamen Anblick: er schien völlig fahl zu sein, von der nackten Schädeldecke ging eine große Anzahl dünner, etwa sechs Spannen langer Stäbchen aus. Die Stäbchen erhoben sich nach allen Richtungen, und da sie aus glänzendem Metall waren, verließen sie dem Haupt das Ansehen eines Apolls, des fernhinfretenden oder das einer wilden Mänade, deren Schlangen Ridelhäute haben, oder vielleicht eines furchtbaren modernen Kriegsgottes, der aus einem Wald chemischer Retorten Giftgase ausströmen läßt. Ueber dem Fleischgebirge befand sich ein schimmernder Metalldom, mit dem die Stäbchen verbunden waren; ein Ueberschweimer konnte nicht unterscheiden, ob das Fleischgebirge den Dom aufrecht erhalte oder davon herabhängt. Es war wie ein symbolisches Werk eines wahnsinnigen Künstlers, dessen Bedeutung keiner ergründen kann.
Vom Dom aus schloß Hite, auf den Poren des Fleischgebirges floß Schweiß. Kleine Schweißbäche vereinigten sich zu Strömen, ließen das Gebirge entlang, mündeten im Schweißmeer auf dem Boden. Anscheinend vermögen der Hitze ausgelegte Fleischberge nicht aus eigener Kraft aufrecht zu bleiben, versuchen zu schwelgen und flach zu werden, deshalb war es notwendig, die Masse zu stützen, was von drei Angestellten des Schön-

heitskalons besorgt wurde; zwei hielten die Frau unter den Armen, die dritte hielt das Kinn fest. Einmal alle dreißig Sekunden stöhnte das Fleischgebirge auf: „D-o-o-o-o-o!“ Dann brach es zusammen; es schien, als ob ein Bergschnee drohe, und die lebenden Karpatiden hielten sich nur mit Mühe aufrecht.

Madame Blanchet flüsterte uns zu: „Der Gottesdienst des jungen Gottes der Schönheit!“ Meine Phantasie erhob sich auf Schwingen, ich sah stolze Vestalinnen in den weißen Tempeln der vom weißblauen Meer umwogten griechischen Inseln das heilige Feuer hüten, sah Atonische Weibenschäfer schwingen und erste bärtige Priester mit Myrtenkränzen gekrönt im Zug dahinschreiten. Und ich fragte mich, ob seit Anbeginn der Welt der junge Gott der Schönheit von seinem kristallinen Thron schon solch grausigen Gottesdienst gefeiert hatte?

Stumm strebten wir der Tür zu, Madame Blanchet schloß sie hinter uns, das Prometheus-Jammern wurde schwächer, ebenso der starke Ammoniakgeruch. Ich sah Zimmermanns Gesicht nach, er hatte sich von uns abgewandt. Rosythe wachte mir ein Lächeln zu, flüsterte: „Ihrem Freund liegt, scheint es, wenig an der Schönheit.“ Dann fragte er: „Was hat er denn mit dem Gesicht über den Preis des Lebens“ und die „Wahl Gottes“ gemeint?“

„Haben Sie wirklich nicht begriffen?“
„Nein.“
„Mein Lieber, Sie jagten uns nicht, was für ein Ort dies sei, und Zimmermann, glaube, wir befanden uns in einer Entbindungsanstalt.“
Der Kinokritiker der Western City „Times“ warf mir einen wilden Blick zu, dann rang sich ein Ton aus seiner Kehle, ähnlich dem Wäcken eines jungen Schafes, dem ein Leid angetan wird.
(Fortsetzung folgt.)

Der Film.

Nichtbühnen. Auf der Filmboerse wurde am Mittwoch der Film „Sodom und Gomorra“ vorgeführt, der, wie verlautet, bei der Zensur Schwierigkeiten begegnet ist. Der Film ist nicht anwiderlich als so und so viele der jetzt beliebtesten „Moumenialfilme“. Der neue Film, der sich in der üblichen Gegenüberstellung der biblischen Legende und einer entsprechenden modernen Handlung bewegt, ist mit viel Aufwand an äußerem Prunk und Massenspektakel in Szene gesetzt. Architektonische Bilder und Kostüme sind in den historischen Szenen mit höchster archäologischer Kenntnis arrangiert. Die Darsteller, Wiener erste Schauspieler, sind durchwegs vorzüglich. Sie besitzen alle jene noble Zurückhaltung in Gestik und Bewegung, die im Film geradezu wünschenswert ist, im Gegensatz zu dem so häufig vorkommenden Gezeppel und Grimassieren, durch das manche Filmgrößen zu wirken vermögen. Eine Verminderung der Massenszenen, sowohl der historischen als der gesellschaftlichen, würde dem Verständnis des Films vielleicht zugute kommen. — Im „Bio Alma“ wurde am Dienstag als Film des Volksbildungsvereines „Urania“ das Drama „Blau und Seimat“ von Schönherz vorgeführt. Die Darstellung ist gut, die Inszenierung hübsch und willkürlich, besonders die schönen Landschaftsaufnahmen und das authentische Milieu sehr beitragen. Das Stück wirkt im Film beinahe härter als auf der Bühne, weil es durch den lebendigeren Szenenwechsel sinnfälliger wird. R. A.

Breitet den „Sozialdemokrat“.

Kunst und Wissen.

Urania.

Heute 4-6 Uhr. Aule Prof. Brucha.
 Heute halb 7 Uhr: Kunst- und Kulturgeschichte der Griechen und Römer, (Mit Lichtbildern.) Prof. Dr. Wit. Einzelpart 2 und 3 Kronen.
 Sonntag, 4 Uhr: Irland, die grüne Insel. (Im Bilde durch die Welt.) Univ.-Prof. Polomny-Berlin. Karten 5 K. Mitgl. 4 K.
 Montag, den 6. d. 8 Uhr. „Die Berechnung der Geschichte unserer Zukunft“. Dr. Max Kemmerich-München.
 Mittwoch, den 8. d. 8 Uhr. „Spuk und Gespenster“. (Gibt es ein Fortleben nach dem Tode?) Dr. Max Kemmerich.
 Donnerstag, den 9. d. 7 Uhr: Luther, Meistergesang. Kirchenrat Dr. Jilchert. — Um 8 Uhr: „Moderne Tanzkunst“. (In Wort, Bild und Tanz.) Rita Sacchetto.
 Freitag, den 10. d. halb 7 Uhr. „Skilaufen und Fallschirmsport“ (Sportvortrag mit Lichtbildern.) Karl L. Luther-München. (Gemeinsam mit dem Touringklub.) Sämtliche 10 Kurse des Bildungsinstitutes. Karten zu allen Veranstaltungen. (Mitgl. Ermäßigung.) Urania-Kanzlei. Zu den Veranstaltungen, Saal, Börs, stehen eine Anzahl erm. Karten zur Verfügung.

Urania-Kinovorstellung. Dienstag, den 14. d. 8 Uhr „Bio Alma“ (Werbergasse) „Lady Hamilton“, historischer Film. Für Jugendliche und Schüler nicht zugänglich. Karten zu 2-10 K. Uraniakanzlei und Wechsel.

Molleres „Tartüffe“ (Weinberger tschechisches Theater). Verhältnismäßig spät, erst jetzt, wo das Jubiläumjahr zu Ende geht, kam Molleres glanzvolles Hauptwerk an die Reihe. Das Stück übertrug alle übrigen nicht nur durch Schärfe seiner Charakterzeichnung, sondern vor allem durch den Mut, mit dem Mollere es wagte, im beglückten Frankreich der Barockzeit der Scheinheiligkeit, der Religionshuckelei, zu Leibe zu gehen. Wie recht er mit seiner Satire hatte, beweisen die vielen niederträchtigen Angriffe, die gegen das Stück „wegen Religionslästerung“ erhoben wurden. Mollere antwortete darauf: „Ja, wenn mein Werk die Religion angriffe, das würde diese Eiferer wohl kalt lassen, aber daß man ihnen selbst auf den Pelz rüdt, das können sie nie und nimmer verzeihen.“ Die donnerstägige Aufführung in der stilvollsten Ausstattung Wenigs und unter der Regie Jirkovskys stand auf einem ansehnlichen Niveau. Der geschmeidige Tartüffe ist der allerdings geraden, schlichten Art des Herrn Zafopal nicht ohne weiteres erreichbar, er ist gezwungen, die Rolle nach seiner Natur etwas über zu spielen, um so mehr Anerkennung gebührt ihm für seine interessante, geschlossene Leistung. Bemerkenswert war ferner Frau Vecarova als Dorine, nicht das übliche zierliche Kammermädchen, sondern ein berberisches Bauerntöchterchen. Dr. L. A.

Neues Theater. Heute, den 4.: „Offenbach“ („Der Barbier von Bagdad“ wurde auf nächste Woche verschoben), 10 Uhr nachts „Rosa Nischul“ (Gastspiel Gisela Werbeitz); Sonntag, den 5.: nachm. „Tanz ins Glück“ mußte auf den 3. Dezember verschoben werden, abends „Meisterfinger“ (Gastspiel Bohnen).

Kleine Bühne. Heute, den 4.: „Schöne Seelen“, „Trauschau“, „In Ewigkeit Amen“; Sonntag den 5.: nachm. „Rosa Nischul“ (Gastspiel Gisela Werbeitz), abends „Wanwan“, Montag, den 6.: „Frau Lohegrün“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Aussig-Stadt. Dienstag abend fand in Aussig unter äußerst zahlreicher Beteiligung die diesjährige Bezirkskonferenz des Bezirkes Aussig-Stadt statt. Nach dem Berichte der Bezirksvertretung und nach dem Kassabericht schilderte Genossin Kizopal die Tätigkeit des Frauenbezirkskomitees, das auch im heurigen Winter durch Vorträge und Exkursionen eine reiche Bildungstätigkeit entfaltet. Genosse Blina berichtete über die geleistete Arbeit des Bildungsausschusses im vergangenen Jahre. Nach dem Berichte über den Stand und die Arbeit der Jugendorganisationen fand eine lebhafte Debatte statt, an der sich zahlreiche Genossen und Genossinnen beteiligten. Darauf hielt Genosse Blina ein kurzes Referat über „Organisation und Presse“. Nach der Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung fanden die Wahlen in die Bezirksvertretung statt. Zum Bezirksvertrauensmann wurde neuerdings einstimmig Genosse Müller gewählt. In dessen Stellvertretung wählte man die Genossin Kizopal. Sodann schloß Genosse Müller die anregend verlaufene Konferenz.

Mitteilungen aus dem Publikum.

WASTANKE-TEE PRAG

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak
 Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub
 Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Preise tief zurückgesetzt! „MONOPOL“ Klebstoff-Werke. AUSSIG.

Gerichtssaal.

Die Veruntreuungen bei der Görtzauer Bezirkskrankenkasse vor Gericht.

Wie unseren Lesern noch erinnerlich sein wird, wurde im Zimmer d. Z. der Leiter der Görtzauer Bezirkskrankenkasse, der Deutschnationale Ferdinand Paschaweh verhaftet, da man bei einer Kontrolle Abgänge in der Kasse festgestellt hatte. Eine genaue Durchsicht der Geschäftsbücher ergab, daß Paschaweh bei der Bezirkskrankenkasse in den Jahren 1914 bis 1921 mindestens 416.503 K veruntreut hatte. Paschaweh führte die Veruntreuungen so durch, daß er falsche Krankenscheine mit gefälschter ärztlicher Unterschrift in den Vächern eintrug. Das veruntreute Geld legte sich Paschaweh bei Görtzauer und Komotauer Geldinstituten auf falschen Namen ein. Bei der Komotauer Sparkasse waren auf den Namen seiner verheirateten Schwester insgesamt 108.588 Kronen hinterlegt. Für seine neunjährige Tochter hat Paschaweh gleichfalls bei der Komotauer Sparkasse 33.557 Kronen eingelegt. Die Veruntreuungen waren nur deshalb möglich, weil keine regelmäßigen und genauen Revisionen stattfanden und Paschaweh uneingeschränkter Herr in der — wie ja bekannt sein dürfte — deutschnationalen Bezirkskrankenkasse war. Paschaweh wurde wegen Verbrechen der Amtsveruntreuung vor das Schwurgericht in Brüx gestellt. Die Verhandlung gegen ihn begann am Montag und wurde am Donnerstag nachmittags zu Ende geführt. Da durch das Beweisverfahren die Auslage Paschawehs, er sei von seinen Kollegen hinein gelegt worden und ihr Opfer gewesen, sich nicht als stichhaltig erwiesen hatte, bejahen die Geschworenen einstimmig die Frage auf Amtsveruntreuung, worauf Paschaweh zu drei Jahren schweren Kerker verurteilt wurde. Die Geschädigten wurden auf den Zivilprozessweg verwiesen.

Hochschüler und Polizisten.

Prag, 3. November. Am 19. Juni befand sich um 5 Uhr früh im Koffeehaus „a Rovinty“ eine Gesellschaft jugoslawischer Hochschüler, die Lärm zu machen begann. Es mußte eine Polizeikommission geholt werden, die aber nichts ausrichten konnte. Erst als noch drei Wachleute herbeikamen und „eingriffen“, brachte man sechs Hochschüler auf die Wache und stellte sie fest. Die sechs Studenten sollten sich nun gestern wegen öffentlicher Gewalttätigkeit verantworten. Da aber alle bereits zu Doktoren promoviert wurden und längst in die Heimat zurückgekehrt sind, erschien nur ein gewisser Rajganid. Seine Auslagen brachten aber den Beweis, daß sich die Polizisten nicht an ihre Vorschriften gehalten haben und daß sie mit ihren Gummimitteln eingeschlagen hatten. Rajganid wurde freigesprochen. Wegen die beteiligten Polizisten wird die Anklage wegen Uebertretung der Amtsgewalt erhoben werden.

Ein feines Klebstatt.

Prag, 3. November. Am 29. Juli d. J. sollte der Sportklub „Prag XVI“ ein Fußballspiel abhalten. Die gegnerische Mannschaft erschien jedoch nicht und es wußten die spielstüchtigen Männer nichts mit der freien Zeit anzufangen und — gingen in ein Gasthaus. Der Alkoholgenuß stieg den „Sportlern“ bald in den Kopf, es wurde gesungen und immer weiter gezecht. Die Mitternacht zog näher schon, in tiefer Ruh lag — in diesem Falle nicht Babylon, aber Bohm, als die volltrunkenen Fußballer, 15 Mann hoch, sich endlich auf den Heimweg begaben. Und wie sie so die Hauptstraße in Bohnitz, jenem Vorort von Prag, in dem sich die große Irrenanstalt befindet, hinunterwankten, kamen ihnen zwei Pflegerinnen aus dem Institut für Geisteschwache entgegen. Die beiden Mädchen, Aloise Cecil und Berta Schädla,

waren bei einer Theaterprobe eines Dilettantentheaters gewesen und befanden sich auf dem Heimwege. Wie nun die vom Alkoholgenuß angelegten Fußballer die beiden Mädchen erblickten, stürzten sie sich auf sie los und benahmten sich so, als ob die Mädchen Straßenbirnen seien. Sie beschimpften sie, stießen sie mit den Ellbogen und versuchten sie zu Boden zu werfen. Besonders Wenzel Sejna, sein Bruder Alois und Karl Kabela setzten sich hervor. Sie warfen die Pflegerinnen zu Boden und versuchten sie zu verewaltigen. Als die Mädchen sich verzweifelt wehrten, wurden sie in rohester Weise beschimpft und geschlagen. Endlich kam eine andere Pflegerin und ein Angestellter der Irrenanstalt des Weges, so daß es den armen Mädchen gelang, sich in Sicherheit zu bringen. Vor dem Richter verantworteten sich die drei mit Trunkenheit und sagten, daß sie von den Mädchen gestoßen worden seien. Nach durchgeführter Verhandlung wurde Wenzel Sejna, dem man die Schuld nicht einwandfrei nachweisen konnte, freigesprochen, während Alois Sejna und Kabela zu vier Monaten schweren Kerker verurteilt wurden.

Kugellager - Schreibmaschine
SMITH BROS
 Wer eine Smith hat
bleibt ihr ewig treu.
 1153 Generalvertreter
 Prag. **Libian & Co.** Filiale: Reichenberg, Gabelnzer-Str. 15.
 Lucerna.

Egger & Co.
 Prag - Karlin, Královská st. 14.
 Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren.
 Eggers Milch- und Kaffeekekarnellen,
 Eggers 140er Peppermint 544
 in allen Konsumvereinen erhältlich.

Ebermanns
Mundwasser - Zahnpulver
 das Beste und Billigste zur
 täglichen Zahnpflege.
 Erhältlich in Apotheken, Drogerien,
 Parfümerien und Konsumvereinen.
Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Brüder Tauber
 Wäingrosshändler
 Weingutsbesitzer
 Prag Mysocan

Kuh & Kretsch
 Likörfabrik
 Teplitz-Schönau.

BÖHMISCHE UNION-BANK
 Eingezahltes - Aktienkapital
 160.000.000 K.
 Reservefond 88.400.000 K.
 FILIALEN:
 Asch, Braunau i. B., Brünn, Freiwaldau, Fr edek-Mistek in Schlesien, Gablonz, Graslitz, Hohenelbe, Jägerndorf, Karlsbad, Königinhof a. E., Marienbad, Mähr.-Ostrau, Mähr.-Schönberg, Neutitschein, Olmütz, Prossnitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Trautenau, Troppau
 Telephon-Nr. 2006-2010, 6980-6989, 7933-7935 und 7988.
 Depeschendresse: UNION-BANK.
Kommandite in Wien.
Durchführung aller bankgeschäftlicher Transaktionen.

Knaben-
 Schulanzüge, waschbar, 3-12 Jahre K^o 30^o—

Knaben-
 Marine-Anzüge, blau, Chevot, 3-12 Jahre K^o 80^o—

Knaben-
 Sport-Anzüge, Modechevot, 3-12 Jahre K^o 95^o—

Knaben-
 Anzüge aus dem bekanntdauerd. Kordsamt v. K^o 135^o—

Knaben-
 Westenanzüge mit Wollserge von K^o 190^o—

Knaben-
 Kimonorangans, 3 bis 12 Jahre K^o 170^o—

Knaben-
 Winterröcke von K^o 150^o—

Knaben-
 Leder-Anzüge von K^o 500^o—
 Lederhosen von K^o 220^o—
 Velvethosen von K^o 45^o—

Bessere und feinste Anzüge, Raglans und Winterröcke lagernd.
 Die Umsatzsteuer wird nicht zugeschlagen. Muster und Preislisten werden nicht versendet. Auswahlsendungen werden nicht effektiert. Sendungen in die Provinz nur gegen Vorauszahlung franko.
 Nichtkonvenientes wird umgetauscht, oder der Betrag retourniert.
Konfektionshaus Sigm. Stránský
 Prag, Hybernská.

Fabrik mediz. Verbandstoffe
Ludwig Fischer
 Tepitz-Schönau. Inh. J. Schlosser
 empfiehlt sich den p. t. Krankenkassen, Zentral-Bruderladen und derg. zur Lieferung sämtlicher **Verbandstoffe** und **Waffen, Gummiwaren, Bandagen** sowie **Krankenpflege - Artikel** aller Art zu **konkurrenzlosen** Preisen.
 423

REMA
 die beste
Speise-Schokolade
 besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.